Gerd Krämer „Mann der Arbeit aufgewacht"

Die Altonaer und Ottenser Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

1. Einleitung

Das Vierstädtegebiet Hamburg, Altona/Ottensen, Wandsbek und Harburg bildete seit den 1860er Jahren ein wichtiges Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung. Erste politische Organisationen der Arbeiter entstanden aus bürgerlichen Vereinen schon während der Revolutionsperiode von 1848/49. Beeinflußt von Mitgliedern des Bundes der Kommunisten schlossen sich in Altona diese Vereine der Arbeiterverbrüderung und den entstandenen Gewerkschaften der Zigarrenmacher und Buchdrucker an. Eigene lokale Komitees dieser Organisationen wurden in der Stadt gegründet und alle wichtigen regionalen und nationalen Kongresse dieser ersten Arbeiterbewegung beschickt.[1] In der sich nach 1848/49 anschließenden Phase der politischen Reaktion wurden die meisten dieser Vereine aufgelöst. Nur die Unterstützungskassen konnten relativ ungehindert in den 50er Jahren ihre Arbeit fortsetzen. Die Arbeiterbewegung in der Stadt ist somit auch hier älter als die Sozialdemokratie, als deren Keimzelle der ADAV anzusehen ist.

An diese Tradition konnte in der Gründungszeit des ADAV angeknüpft werden, obwohl eine personelle Kontinuitätslinie nicht vorhanden war. Nur der in den 60er Jahren in der Altonaer ADAV-Gemeinde aktive Carl Bruhn hatte wesentlichen Einfluß auf die erste Arbeiterbewegung in Altona. Die erste Zeit des Bestehens der ADAV-Gemeinde nach 1864 war gekennzeichnet von Vereinsstreitigkeiten und der Schleswig-Holstein-Frage. Erst nach 1867 konsolidierte sich der Verein in Altona. Von der Stadt aus wurde die ganze politische Agitation in der Provinz Schleswig-Holstein geleitet, so daß Altona elf Jahre später zurecht als *„Bollwerk der Sozialisten des Nordens"* bezeichnet werden konnte.[2] In diesem agrarisch geprägten Land mit wenig Industrie bekam die Sozialdemokratie so viel Zulauf, daß sie selbst davon überrascht war.[3] An diesem Erfolg hatte insbesondere die Berufsgruppe der Zigarrenmacher großen Anteil. Das Engagement dieser Arbeiter in der Arbeiterbewegung zeigt sich in Altona/Ottensen deutlich. Aus dem dortigen Potential an politisch aktiven Zigarrenarbeitern gingen einige bekannte Funktionäre und Reichstagsabgeordnete der Sozialdemokratie hervor, die schon im ADAV erste Erfahrungen gesammelt hatten. Genannt sei hier Hermann Molkenbuhr, der 1851 in Wedel geboren wurde. Lange Jahre arbeitete er als Zigarrenmacher in Altona und Ottensen. Seine Erinnerungen stellen eine wichtige Quelle zur Frühgeschichte der Arbeiterbewegung in diesem Gebiet dar.[4] 1872 trat Molkenbuhr in den ADAV ein und wurde schon zwei Jahre später Bevollmächtigter in Ottensen. Auf dem Vereinigungskongress in Gotha nahm er als Delegierter teil. Seit Beginn seiner politischen Tätigkeit agitierte er in den ländlichen Gebieten, die zum Altonaer Wahlkreis gehörten. Während des Sozialistengesetzes gehörte er zu den Ausgewiesenen aus dem Gebiet des kleinen Belagerungszustandes. Für kurze Zeit emigrierte er in die Vereinigten Staaten, kehrte aber noch in den 80er Jahren zurück, um sofort wieder politisch aktiv zu werden. 1890 wurde er in Ottensen in den Reichstag gewählt, dem er ununterbrochen bis 1924 angehörte. Als Experte für Sozialpolitik gehörte

Schleswig-Holstein heute

[1] H. v. Berg, Entstehung und Tätigkeit der Norddeutschen Arbeitervereinigung als Regionalorganisation der Deutschen Arbeiterverbrüderung nach der Niederschlagung der Revolution von 1848/49, Bonn 1981

[2] Hamburg-Altonaer-Volksblatt Nr. 15 vom 3. 2. 1876

[3] NSD Nr. 17 vom 11. 2. 1874

[4] Archiv der sozialen Demokratie Bonn, Nachlaß Hermann Molkenbuhr (1851–1927) Kassette III, Erinnerungen Heft I–V: Zitiert als, Molkenbuhr. Immer noch unverzichtbar für die Geschichte der Arbeiterbewegung Altonas ist H. Laufenberg, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend, Hamburg 1911, Bd. I. Für die Entwicklung des ADAV ist die Darstellung von A. Herzig grundlegend. A. Herzig, Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein in der deutschen Sozialdemokratie. Dargestellt an der Biographie des Funktionärs Carl Wilhelm Tölcke (1817–1893), Berlin 1979.

Hermann Molkenbuhr (1851–1927). Kam über den Hamburger Bildungsverein in den ADAV und wurde als Agitator während des Wahlkampfes 1874 eingesetzt. Von 1890 bis 1893 vertrat er den Ottenser Wahlkreis im Reichstag, dem er bis 1924 angehörte. Als Fraktions- und Parteivorstandsmitglied wurde der ehemalige Zigarrenarbeiter Sozialexperte der SPD.

er dem Fraktions- und auch dem Parteivorstand an.

Der zu Beginn der 1870er Jahre wohl bekannteste ADAV-Politiker in Schleswig-Holstein war der Ottenser Zigarrenarbeiter Georg Winter, der in verschiedenen Kreisen für den Reichstag kandidierte. Gleichzeitig war er Präsident der lassalleanischen Zigarrenarbeitergewerkschaft und Vizepräsident des ADAV.

Das politische Bewußtsein in dieser Zeit war in der Altonaer Arbeiterbewegung stark auf demokratische Inhalte wie Rede- und Pressefreiheit und das allgemeine Wahlrecht ausgerichtet. Der ganze Sozialismus habe in der Forderung nach Produktivassoziationen bestanden, schreibt Hermann Molkenbuhr in seinen Erinnerungen.[5] Die häufig vertretene Auffassung, daß es sich beim ADAV um eine bloße Sekte gehandelt habe, also einer von der eigentlichen Klassenbewegung und deren politischen Aktivitäten losgelösten Organisation, läßt sich zumindest für das hier behandelte Gebiet nicht aufrechterhalten.[6] Obwohl pseudoreligiöser Lassalle-Kult, agitatorische Einheitssprache und die mit der Theorie des ADAV-Gründers zusammenhängende Ablehnung von Gewerkschaften natürlich auch in Altona existierten, entstand durch die Tätigkeit der ADAV-Gemeinde bei den Arbeitern und Handwerkern doch eine dauerhafte politische Bindung an die Arbeiterbewegung. Aufgrund der stadtgeschichtlichen Entwicklung bildeten Altona und Ottensen zwei unterschiedliche Städte und gehörten verschiedenen Wahlkreisen an. Altona war mit Wandsbek und großen ländlichen Gebieten Stormarns zum 8. Wahlbezirk und Ottensen mit Pinneberg und weiten Teilen Segebergs zum 6.

[5] Molkenbuhr, H. II, S. 165

[6] Vgl.: H. Rüdel, Landarbeiter und Sozialdemokratie in Ostholstein 1872 bis 1878. Neumünster 1986, S. 412

Wahlkreis zusammengeschlossen. Für einen Wahlsieg waren deshalb immer die Stimmen aus den ländlichen Bezirken ausschlaggebend. Die Trennung in zwei Wahlkreise war für die lokale Arbeiterbewegung nur in Zeiten des Wahlkampfes von Bedeutung. Politische Rivalitäten entstanden zwischen beiden ADAV-Gemeinden nicht. Die Ottenser Arbeiterbewegung kann deshalb als Teil der Altonaer Arbeiterbewegung aufgefaßt werden.

Ökonomie, soziale Struktur und politisches Handeln bilden eine Einheit, auf deren Hintergrund die Konstituierung der Arbeiterbewegung zu untersuchen ist. Im Folgenden wird der Schwerpunkt auf die politischen Handlungen gelegt. Einige knappe Bemerkungen zur Entwicklung der Altonaer und Ottenser Wirtschaft werden deshalb vorausgeschickt. Die ökonomische Entwicklung nahm in beiden Städten einen unterschiedlichen Verlauf.

In Altona entwickelten sich, gefördert von den dänischen Königen, im 18. Jahrhundert zahlreiche Manufakturen. Der Freihafen und im Stadtrecht verankerte Zollprivilegien sollten die Stadt in Konkurrenz zu Hamburg entwickeln helfen. Die schrittweise Zurücknahme der Handelsprivilegien mit Dänemark und die napoleonischen Kriege schädigten die Wirtschaft Altonas schwer. Es entwickelte sich ein überbesetztes städtisches Handwerk, von dem kaum Impulse für eine Industrialisierung der Stadt ausgingen. Nachdem Altona seine Zollvergünstigungen 1853 endgültig verloren hatte, wanderten viele Firmen ins benachbarte Ottensen ab. Von hier konnten sie ohne eine Zollschranke für den schleswig-holsteinischen Markt produzieren. Auch nachdem Altona infolge der Kriege von 1864 und 1866 zu Preußen kam, blieb die Stadt Zollausland. Erst 1888, nach langwierigen Verhandlungen, kam es zusammen mit Hamburg zum Zollanschluß an das Reichsgebiet. Nicht nur das Gewerbe, sondern auch der Handel der Stadt wurde infolge dieser Besonderheit geschädigt. Bedeutende Im- und Exportgeschäfte wanderten nach Hamburg ab oder gaben den Handel auf. Altona entwickelte sich zu einer Wohnstadt für Hamburger und Ottenser Arbeiter, die wegen billigerer Lebenshaltungskosten hierher zogen. Die Bevölkerung verdoppelte sich deshalb im Zeitraum von 1864 bis 1885 von 53 039 auf 104 717 Personen.

Ganz anders sah die wirtschaftliche Entwicklung in Ottensen aus. Auf der „grünen Wiese" entstand seit den 1840er Jahren einer der wichtigsten Industriestandorte in Schleswig-Holstein.[7] Die gute Infrastruktur mit dem seit 1844 in Altona vorhandenen Bahnanschluß und die Nähe des Hafens veranlaßten viele Betriebe, sich in diesem ehemaligen Bauerndorf niederzulassen. Glashütten, Eisengießereien und Maschinenfabriken wurden hier gegründet und entwickelten sich schnell, weil ihnen im Gegensatz zu Altona der gesamte deutsche und vor 1864 der schleswig-holsteinische Markt problemlos offen standen. Die günstigen wirtschaftlichen Faktoren führten dazu, daß fast alle größeren Zigarrenmanufakturen nach 1840 von Altona nach Ottensen übersiedelten. In den 1860er Jahren

[7] Zur Wirtschaft von Altona und Ottensen im 19. Jahrhundert vgl.: Ausstellungsgruppe Ottensen (Hrsg.), Ottensen – Zur Geschichte eines Stadtteils, Hamburg 1982; H. K. Mölle Altona – Ottensen: Rauchende Schlote, blauer Dunst und rote Fahnen, in: U. Diederichs, Schleswig-Holsteins Weg ins Industriezeitalter, Hamburg 1986, S. 24 ff, J. Brockstedt (Hrsg.), Frühindustrialisierung in Schleswig-Holstein, anderen norddeutschen Ländern und Dänemark, Neumünster 1983

entstand in beiden Städten eine umfangreiche Heimindustrie für die Zigarrenherstellung. Im Gegensatz zu Altona, wo mit Wollgarnmanufakturen und dem ausgeprägten handwerklichen Sektor traditionelle Produktionsweisen vorherrschten, wurden in Ottensen Firmen gegründet, die technisches Wissen und Kapital voraussetzten. Die Gründungen in der Metallindustrie, z. B. die bekannten Firmen Zeise und Menck & Hambrock, können dafür als Beispiel gelten. Vergleichbar dem Industrialisierungsboom verlief auch das Bevölkerungswachstum in Ottensen. 1840 lebten erst 2095 Menschen im noch ländlich geprägten Ottensen. Die Einwohnerzahl stieg bis 1885 auf 18653 Personen an. Der eingetretene Prozeß der Verstädterung trug allgemein zur Stärkung der Arbeiterbewegung bei. Die einfache Mitgliedschaft im ADAV trug in der Stadt im Gegensatz zum Lande kaum bekenntnishaften Charakter. Bekannte Funktionäre wurden allerdings in beiden Gebieten verfolgt.

2. Die Gründungsphase des ADAV in Altona

Die Gründung der Altonaer ADAV-Gemeinde stand ganz im Schatten der zu dieser Zeit bedeutenderen Hamburger Arbeiterbewegung.[8] Das dortige Zentrum der politischen Aktivitäten war, wie schon in der 48er Revolution, der Bildungsverein. Aus seiner innerverbandlichen Opposition kamen die ersten ADAV-Mitglieder in Hamburg, die auch in Altona aktiv waren. Es handelte sich bei ihnen meist um jüngere Handwerksgesellen, die sich gegen eine zu enge Bindung des Bildungsvereins an das liberale Bürgertum wandten.

Anfang November 1862 wurde von Leipzig aus ein vorläufiges Programm für einen Arbeiterkongress verschickt, in dem Gewerbefreiheit, Assoziationen und Alters- und Invalidenkassen als Diskussionspunkte für den Kongreß genannt wurden. Dieser Aufruf führte in Hamburg zu erheblichen Differenzen, wer die Stadt auf dem Kongreß vertreten sollte.[9] Die Auseinandersetzungen zwischen dem vom Bildungsverein initiierten „Zentralbureau zur Beschickung des Arbeitertages" und dem oppositionellen „Provisorischen Komitee" um Perl und Audorf (jun.) gingen hauptsächlich um die ökonomische Position der Delegierten. Das von Gesellen und Arbeitern unterstützte Komitee war der Ansicht, daß nur unselbständige Arbeiter entsandt werden sollten. Im Zentralbureau war man dagegen der Ansicht, auch Handwerksmeister seien Arbeiter und müßten deshalb in der Delegation vertreten sein. Auch die Art der Wahl der Delegierten war umstritten, denn die Opposition wollte die Vertreter nach dem Prinzip der direkten Demokratie wählen.

In Altona kam es zu ähnlichen Auseinandersetzungen wie in Hamburg. Auf einer am 22. Februar 1863 abgehaltenen öffentlichen Versammlung, die von über 1500 Personen besucht wurde, nahmen die Anwesenden das Leipziger Programm an. Ein Redner versuchte allerdings, dem Kongreß nur eine beratende Rolle zuzuweisen, und verlangte, daß dort keine Entscheidungen getroffen werden sollten. Die Mehrheit der Anwesenden lehnte dies jedoch ab. Diskutiert wurden auch die

[8] Zur Hamburger Arbeiterbewegung vgl. die Aufsätze von Offermann und Breuilly in: A. Herzig, D. Langewiesche, A. Swottek (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, Hamburg 1983, S. 121ff.

[9] S. Náaman, Die politischen und sozialen Impulse bei der Gründung der organisierten Arbeiterbewegung in Hamburg, in: a.a.O., S. 155.

Programmpunkte Gewerbefreiheit und Selbsthilfe. Die Versammlung beschloß, sich mit einer Geldsammlung an den Kosten für die Hamburger Delegation zu beteiligen.[10]

Die sich in der Versammlungsbewegung der 1862/63 herausgebildete Minorität der deutschen Arbeitervereine gründete am 23. Mai 1863 in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Erster Präsident des Vereins wurde Ferdinand Lassalle, ein Rechtsanwalt, der sich mit seinen Veröffentlichungen auf Seiten der entstehenden Arbeiterbewegung gestellt hatte. Sitz des Vereins wurde Leipzig. Als Zweck legten die Delegierten auf dem Gründungskongreß im Statut fest:

„Unter dem Namen ‚Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein' begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Überzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt, auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken."[11]

Der ADAV hatte damit als erste Arbeiterorganisation den Anspruch einer politischen Partei.[12]

In Altona erfolgte die Gründung einer eigenen ADAV-Gemeinde, so nannten sich die örtlichen Zusammenschlüsse der Mitglieder des Vereins, erst 1864. Hier wohnende Mitglieder waren zuvor der Hamburger Gemeinde angeschlossen. Seit Ende 1863 versuchte Karl Bruhn, in Altona gezielt Mitglieder zu werben. Bruhn war als Mitglied des Bundes der Kommunisten seit 1848 in Schleswig-Holstein und Hamburg politisch aktiv. In Altona wohnte er seit 1850 und wurde im September Vorsitzender des Arbeitervereins. Seine Werbetätigkeit brachte nicht den gewünschten schnellen Erfolg. Im Mai 1864 gab es erst sieben ADAV-Mitglieder, die nun einen eigenen Bevollmächtigten erhielten. Dazu wurde der Schuhmacher Krohne berufen. Eine erste öffentliche Arbeiterversammlung, auf der Bruhn und Hamburger Arbeiterführer sprachen, wurde am 30. Mai abgehalten.[13]

Die kleine Altonaer ADAV-Gemeinde traf sich in der folgenden Zeit im Haus des Schuhmacheramtes. Gemeinsam las man Lassalles Schriften. Auf öffentlichen Arbeiterversammlungen wurde mit den Mitgliedern des Altonaer Bildungsvereins diskutiert. Dieser Bildungsverein war durch eine Namensänderung des vormärzlichen „Feierabendvereins" entstanden.[14] Besucht wurden die Veranstaltungen von bis zu 350 Personen. Alle von K. Bruhn angeregten Aktivitäten blieben in den ersten Monaten recht erfolglos, denn die Altonaer Gemeinde hatte im August 1864, als Lassalle in Genf an den Folgen einer Duellverletzung starb, erst zehn Mitglieder. Für den verstorbenen Präsidenten wurde im Haus des Drechsleramtes eine Totenfeier veranstaltet.[15] Die Gründungsphase der Altonaer ADAV-Gemeinde stand ganz im Schatten der Schleswig-Holstein-Frage. Wie schon 1848/49 kam es zu Be-

[10] Altonaer Nachrichten (AN) vom 25. 2. 1863.
[11] Abdruck des ADAV-Statuts in: Lassalle, Gesammelte Reden und Schriften (hrsg. von E. Bernstein), Berlin 1919, Bd. IV, S. 246.
[12] S. Náaman, Lassalle – Demokratie und Sozialdemokratie, in: AfS 3 (1963), S. 57.
[13] Laufenberg, S. 233.
[14] Altonaisches Adreßbuch für 1862, S. 161.
[15] AN vom 27. 9. 1864.

strebungen, die Herzogtümer endgültig von Dänemark zu lösen. Da dieses Ziel nur mit militärischen Mitteln durchzusetzen war, begannen Komitees die Werbung von Freiwilligen zu propagieren. Die Hamburger ADAV-Gemeinde unterstützte dieses Vorhaben.[16] Bruhn, der in Altona großes Ansehen genoß, sprach sich ebenfalls für dieses Vorgehen aus. Lassalle wandte sich in mehreren Schreiben gegen diese Politik, konnte sich in Norddeutschland aber nicht durchsetzen. Der ADAV-Präsident neigte zu einer Annektion der Herzogtümer durch Preußen.[17] Eine als „Revolution von unten" erreichte Einigung Deutschlands war für ihn nicht mehr vorstellbar. Die entstandenen Gegensätze spitzten sich im ADAV über Organisationsfragen noch zu. Der neue Präsident Bernhard Becker versuchte, sein Amt und die Position des Vereinssekretärs zu vereinen. Damit verstieß er gegen die in der Satzung festgelegte Trennung beider Ämter. Auf der ersten Generalversammlung des Vereins im Dezember 1864 in Düsseldorf wurde Becker allerdings von den Delegierten als Präsident und Sekretär des ADAV bestätigt.

Trotz der Bestätigung des Beckerschen Vorgehens entstand im Verein eine oppositionelle Strömung gegen ihn, die sich gegen seine personelle Diktatur richtete. Diese wurde als unvereinbar mit dem *„Wesen des wirtschaftlichen Kampfes"* angesehen.[18] Die Opposition wurde angeführt von der Gräfin Hatzfeld, einer langjährigen Bekannten Lassalles.[19] In Altona stellte sich die ADAV-Gemeinde mit Bruhn an der Spitze an ihre Seite. Nachdem der Bevollmächtigte Krohne deswegen zurückgetreten war, wurde Bruhn im März 1865 in dieses wichtige Amt gewählt. Auf einer danach einberufenen Versammlung sollte der anwesende Vereinspräsident Becker seine Ansichten darlegen. Als er aber die Legitimation des Vorsitzenden Bruhn anfocht und mit dem Eingreifen der Polizei drohte, wurde er von Bruhns Anhängern aus dem Saal gedrängt. Nach diesem Eklat sagte sich die Altonaer Gemeinde offen vom Gesamtverein los. Im „Nordstern", dem von Bruhn herausgegebenen ADAV-Organ, ließ die Versammlung eine Resolution veröffentlichen, in der erklärt wurde,

„daß der seitherige Präsident Bernhard Becker in höchstem Grade unfähig und ebenso unwürdig ist, ferner Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu sein und fordert ihn hiermit auf, sein Amt sofort niederzulegen . . ."[20]

Obwohl sich um Krohne bald eine Gruppe von Mitgliedern bildete, die zum Gesamtverein hielt, gelang es Bruhn nach und nach, alle schleswig-holsteinischen Gemeinden vom ADAV abzuspalten.

Auch in der Streikbewegung des Jahres 1865 konnte sich die Altonaer ADAV-Gemeinde nicht konsolidieren.[21] ADAV-Mitglieder sprachen zwar häufig auf den Streikversammlungen und unterstützten die Forderungen der Arbeiter und Handwerker, in den Verein traten allerdings nur wenige neue Mitglieder ein. Im Sommer des Jahres führte die Hamburger und Altonaer Gemeinde gemeinsam ein *„Verbrüderungsfest"* durch, mit dem Einheit und Zusammenhalt dokumentiert werden sollte. Eine

[16] Laufenberg, S. 225ff.
[17] Vgl.: W. Conze, D. Groh, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, Stuttgart 1966, S. 58.
[18] Laufenberg, S. 283.
[19] Vgl. Herzig, S. 143ff.
[20] Nordstern Nr. 303 vom 25.3.1865, zitiert nach: Herzig, S. 144.
[21] Zur Lohnbewegung s. H. Bürger, Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890, Hamburg 1899, S. 21ff.

direkte Folge der Streikbewegung war die Gründung des *„Arbeiterrates"*, der als Ortskartell alle Arbeiterorganisationen von Hamburg und Altona umfassen sollte. [22] Diese neue Organisationsform diente dazu, die Aktivitäten der einzelnen Berufsverbände, die sich wie der Tabakarbeiterverband im Sommer 1865 gebildet hatten, zu koordinieren und zu unterstützen. Die fraktionellen Streitigkeiten in den ADAV-Gemeinden übertrugen sich aber auf den „Arbeiterrat" und führten dazu, daß er sich in der ersten Häfte des Jahres 1866 auflöste.

Inzwischen hatte sich die Nachfolgekrise im ADAV soweit zugespitzt, daß Becker als Vereinspräsident zurücktreten mußte. Als Interimspräsident wurde der Vorsitzende der Zigarrenarbeitergewerkschaft F. W. Fritzsche eingesetzt. Bei dem Versuch, den Verein demokratisch zu reformieren, stieß er aber auch bei bisher Becker kritisierenden Mitgliedern auf Widerstand. Am 30. November und 1. Dezember fand in Frankfurt eine von der Hamburger Gemeinde geforderte Generalversammlung zur Wahl eines Präsidenten statt. Der Altonaer Delegierte Mann plädierte für die Wiederwahl des zurückgetretenen B. Becker. Bei der Wahl Carl Wilhelm Tölckes in dieses Amt enthielt er sich der Stimme, gab aber nachträglich doch seine Zustimmung.[23] Als Vereinspräsident versuchte Tölcke, zwischen den Organisationsprinzipien der Demokratie und Diktatur zu vermitteln. Damit schuf er die Voraussetzungen für die Beendigung der Spaltung der schleswig-holsteinischen ADAV-Gemeinden.

Am 11. Dezember erstattete Mann der Altonaer ADAV-Gemeinde einen Bericht über die Frankfurter Beschlüsse. Die Wahl Tölkes fand einhellige Zustimmung. Auf dieser Versammlung befanden sich nach Manns Darstellung *„die intelligentesten Mitglieder, welche mit Gewissenhaftigkeit die Interessen des Vereins beraten haben."*[24] Alle oppositionellen ADAV-Gemeinden in Schleswig-Holstein schlossen sich nun nach und nach wieder dem Verein an. Im Mai 1866 trat die Altonaer Opposition wieder in den ADAV über. Bevollmächtigter wurde der Gastwirt H. F. Rickers.

3. Die Wahlen von 1867

Nach der Wahl Tölckes in das Amt des Präsidenten und dem Übertritt der Oppositionsgemeinden waren die fraktionellen Streitigkeiten im ADAV noch nicht beendet. Da die Leipziger Polizei seine Wahl aus formalen Gründen anfocht – Tölcke konnte aufgrund einer Vorstrafe den erforderlichen Nachweis der bürgerlichen Ehrenrechte nicht erbringen – mußte er auf Druck der gegen ihn intrigierenden Gräfin Hatzfeld sein Amt niederlegen. Auf einer daraufhin zum 17. Juni 1866 nach Leipzig einberufenen außerordentlichen Generalversammlung wurde der Hamburger Perl zum neuen Präsidenten gewählt. Aus Altona erhielt er brieflich 148 Stimmen. Für Hugo Hillmann, den hatzfeldschen Gegenkandidaten und Vizepräsidenten des ADAV, wurde von hier keine Stimme abgegeben.[25]

Die in Leipzig anwesenden Delegierten beschlossen eine umfassende Wahlrechtsagitation. Nach der vollständigen An-

[22] Laufenberg, S. 270f.
[23] Protokoll der am 30. November und 1. Dezember 1865 in Frankfurt stattgefundenen Generalversammlung des ADAV, S. 34f.
[24] Zitiert nach: Laufenberg, S. 296f.
[25] Protokoll der am 18. Juni in Leipzig stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung des ADAV, S. 9.

nektion Schleswig-Holsteins durch Preußen begann hier die Wahlrechtsagitation zügig. In den Herzogtümern bestand für die ADAV-Agitatoren allerdings die Schwierigkeit, den preußisch-parlamentarischen Weg zu verdeutlichen. Der ADAV stellte sich mit dieser Politik auf den Boden der „vollendeten Tatsachen" und fand sich mit der preußischen Lösung des Schleswig-Holstein-Problems ab. Ursache für diese Haltung war die Verfassung des Norddeutschen Bundes, in der das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gewährt wurde. Eine der politischen Hauptforderungen war damit erfüllt. In Schleswig-Holstein näherte sich der ADAV inhaltlich der preußenfreundlichen bürgerlichen Mehrheit im Lande an. Eine große Zahl seiner Anhänger fiel deshalb vom Verein ab.[26]

In der Altonaer ADAV-Gemeinde war man allerdings der Ansicht, daß nur durch eine Unterstützung der Politik Preußens die deutsche Einheit erreicht werden könne. Folgender Bericht von der Totenfeier für Lassalle am 6. September 1866 verdeutlicht dies. Der Redner Bruhn schilderte die Wirksamkeit Lassalles und

„ging sodann auf die politischen Verhältnisse des Vaterlandes über und wies die Notwendigkeit nach, dem Vorgehen Preußens in Deutschland Vorschub zu leisten, den Partikularismus fallen zu lassen, um ein einiges freies Deutschland von der Königsau bis Triest, von der Weichsel bis zum Rhein schaffen zu können. Der mit großem Beifall aufgenommenen Rede folgte eine Musikpiece, dann die Marseillaise; und gesellige Unterhaltung, Vorträge der Liedertafel und der Musik beschlossen die durchaus würdig gehaltene Feier."[27]

Mit dieser Position befanden sich Bruhn und die Altonaer ADAV-Gemeinde sicher nicht in vollständiger Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung in der Stadt, denn die Forderung nach Errichtung eines Fürstentums Schleswig-Holstein unter den Augustenburgern war hier auf anderen Versammlungen durchaus üblich.[28]

Zu den speziellen regionalen Problemen kam, daß sich die latent existierende Opposition im ADAV erneut zusammenschloß. Von ihr wurde die in Leipzig erfolgte Wahl Perls wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten angefochten. Ein Teil der Altonaer Gemeinde gehörte zu den ersten oppositionellen Gruppen in Schleswig-Holstein. Die Führung übernahm diesmal der Wandsbeker Zigarrenarbeiter Ernst Bernhard Richter, der kurz zuvor aus Sachsen zugezogen war. Er galt als überzeugter Anhänger der preußenfreundlichen Gräfin Hatzfeld. Richter galt als fähiger Agitator, dessen Stärke aber weniger im sachlichen, sondern vielmehr im dramatischen Vortrag lag.

„Richter war kein Dozent, der sich an den Verstand wandte. Sein Wissen war bedeutend. Aber kein Mensch verstand es so wie er, sich an das Gemüt zu wenden",

so charakterisiert Hermann Molkenbuhr in seinen Erinnerungen den Führer der Opposition.[29] Politisch schätzte er ihn als Demokraten ein, der die Massen für die Freiheitskämpfe begeistern wollte.

[26] H. V. Regling, Die Anfänge des Sozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1965, S. 116.

[27] AN vom 6. 9. 1866.

[28] Laufenberg, S. 274. Der Erbprinz Friedrich von Augustenburg ließ sich wegen der Annektion Schleswigs durch Dänemark auf der Landesversammlung in Elmshorn im Dezember 1863 zum Herzog von Schleswig-Holstein ausrufen. Damit sollte der nationalen Bewegung in den Herzogtümern zum Durchbruch verholfen werden. Die Errichtung eines Sonderstaates lag allerdings nicht im Interesse Preußens. In der Folgezeit manövrierte Bismarck den Augustenburger geschickt aus. Nur die Österreicher unterstützten zeitweise die Sonderstaatsbestrebungen.

[29] Molkenbuhr, H. II, S. 161.

Dieses Wiederaufleben der Richtungskämpfe im ADAV fiel genau in die Zeit des Wahlkampfes für den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes.

Je näher der Wahltag rückte, desto heftiger wurde in Altona die Auseinandersetzung zwischen der Opposition und der zum Verein stehenden Gruppe unter dem Bevollmächtigten Rikkers. Störungen von Vereinsversammlungen wurden üblich. Erst das Eingreifen von Hamburger Lassalleanern verschaffte der ADAV-Gemeinde wieder Agitationsmöglichkeiten.

Als Kandidat zur Wahl zum konstituierenden Reichstag wurde in Altona der Hamburger Zigarrenarbeiter Möller aufgestellt. Dieses ADAV-Mitglied, auch *„Kommunismus-Möller"* genannt, galt als engagierter Vertreter Weitlingscher Ideen. Der Weitlingsche Handwerkerkommunismus hatte in Hamburg und Altona noch viele Anhänger, die sich dem ADAV angeschlossen hatten. Sie seien die konsequentesten Vertreter proletarischer Interessen gewesen, schreibt Molkenbuhr.[30] Bei der noch schwachen sozialistischen Bewegung und der Spaltung der ADAV-Gemeinde in Altona ist es nicht verwunderlich, daß das Wahlergebnis am 12. Februar 1867 unbefriedigend für den ADAV ausfiel. Die Stadt war mit Wandsbek und ländlichen Gebieten Stormarns in einem Wahlkreis zusammengeschlossen. In diesen Bezirken hatte der ADAV ohnehin nur geringe Aussichten, Stimmen zu erhalten. So entfielen dann auch von den 386 Stimmen, die Möller erhielt, 379 auf die Stadt Altona. Den Wahlkreis gewann der als liberal und preußenfreundlich geltende Minister-Resident a. D. Dr. Schleiden.[31]

Im Wahlkampf mußte sich der ADAV gegen eine negative Haltung der städtischen Presse zur Wehr setzen. Hinzu kam, daß in Altona einige tausend Wähler in den Listen fehlten und deshalb nicht abstimmen konnten.[32] Daß sich das schlechte Abschneiden des ADAV aber nicht nur aus diesen widrigen Umständen ableiten ließ, wird in einem Kommentar des „Social-Demokraten" deutlich, der über die schleswig-holsteinischen Gemeinden schreibt:

„Sie haben in letzter Zeit am meisten durch Störung der Ordnung im Verein und Auflehnung gegen die Parteidisziplin sich bemerkbar gemacht, und als es darauf ankam, etwas für die Sache zu leisten, haben sie gar wenig geleistet. Sie müßten erkennen, daß die wahre und nachhaltige Kraft nur in dem festen Zusammenhang mit der großen Gesamtheit wurzelt."[33]

Nach der Wahl schwand der geringe Mitgliederstand in Altona soweit, daß im Mai nicht einmal das Geld für die geplante Vertretung der Gemeinde auf der Braunschweiger Generalversammlung aufgebracht werden konnte. Auch die Abonnentenzahl des Vereinsorgans „Social-Demokrat" blieb in Altona niedrig. Zu dieser Zeit gingen nur 10 bis 25 Exemplare in die Stadt. Auf der Braunschweiger Generalversammlung wurde J. B. Schweitzer zum neuen Präsidenten des ADAV gewählt und eine energische Reorganisation des Vereins beschlossen. Ein Teil der opponierenden Mitglieder, unter ihnen E. B. Richter, wurde ausgeschlossen. Diese Gruppe bil-

[30] a.a.O., S. 125. Zu Weitling vgl. H.-A. Marsiske, Wider die Umsonstfresser – Der Handwerker Kommunist Wilhelm Weitling, Hamburg 1986.

[31] Bericht über die Gemeinde-Verwaltung der Stadt Altona in den Jahren 1863 bis 1888, Erster Theil, Altona 1889, S. 408f.

[32] Laufenberg, S. 324.

[33] Zitiert nach Laufenberg, S. 325.

dete danach eine eigene Organisation, den „Lassalleschen ADAV". Erster Präsident wurde Emil Försterling, den aus Altona 13 oppositionelle Mitglieder des ADAV wählten.[34]

Die Wahlen zum ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes am 31. August 1867 standen in Altona ganz unter der Frage einer möglichen Aufnahme der Stadt in den Zollverein. Mehrere Handwerksämter sprachen sich gegen den Zollanschluß aus, weil sie die Existenz ihrer Gewerbe bei einer Öffnung des Marktes als gefährdet ansahen. Die Kaufmannschaft der Stadt vertrat ebenfalls eine ablehnende Haltung gegenüber dem Problem. Nur der Magistrat wollte Altona, bei Aufrechterhaltung eines Freihafens, in das Zollgebiet aufgenommen wissen. Damit sollte die gewerbliche Entwicklung der Stadt gefördert werden. Vom ADAV wurde das Problem Zollanschluß oder Freihafen als untergeordnet angesehen, da die auf der Erfurter Generalversammlung beschlossene Hauptlosung für den Wahlkampf *„Durch Einheit zur Freiheit"* lautete.

Als Kandidat für den achten Wahlkreis wurde der Hamburger Schneider C. A. Bräuer aufgestellt. Zu seiner Unterstützung wurde ein Arbeiter-Wahlkomitee gegründet.[35] War die Wahlbeteiligung im Februar schon mit 56,2 % im achten Wahlkreis gering gewesen, ging sie nun auf nur 15,9 % zurück. Von den 18354 eingeschriebenen Wählern gaben nur 2910 ihre Stimme ab. In der Stadt wählten von 13401 nur 2079 Personen. Bräuer erhielt insgesamt 218 Stimmen, davon 216 in Altona.[36] Gewählt wurde erneut Schleiden.

Die Wahlen vom 31. August waren für den ADAV insgesamt aber erfolgreich. Zwei seiner Kandidaten wurden in den Reichstag gewählt. Der Vereinspräsident Schweitzer siegte nach einer Stichwahl in Elberfeld-Barmen gegen einen liberalfortschrittlichen Kandidaten. In Lennep-Mettmann gelang es dem vom ADAV als Arbeiterkandidaten aufgestellten Arzt P. A. Reinecke, in den Reichstag gewählt zu werden.

Unter Führung des neuen Präsidenten Schweitzer konsolidierte sich der Verein schnell. Schweitzer hatte bisher schon als Redakteur des Vereinsblattes Einfluß auf die Politik des ADAV ausgeübt und war dabei unter den Mitgliedern populär geworden. Aufgrund der Vereinskrise konnte er ungehindert sein Prinzip der *„demokratischen Diktatur"* durchsetzen, weil nun eine starke Führung benötigt wurde. Mit seinem Führungsstil meinte er nichts anderes,

„als das blinde Vertrauen der Massen, deren Plebiszit er geschickt gegen Einwände oder gar Opposition der Führungskader in der Partei ausspielte."[37]

Da sein Vorgehen Erfolge zeigte, blieb er mit seinem *„Bonapartismus"* im Verein zunächst unumstritten. Die Partei wurde gegen demokratische Bestrebungen weiter zentralisiert und abgeschottet. Eine strenge *„Diktatur der Einsicht"* unterwarf die gesamte Mitgliederschaft. Der Präsident bekam die Funktion des charismatischen Schiedsrichters bei Streitigkeiten.[38]

In Altona begann sich die Arbeiterbewegung zu festigen. Die Leitung der Gemeinde lag weiter bei Rickers. Im Laufe des Jahres 1868 wurde in Ottensen eine eigene ADAV-Gemeinde

[34] a.a.O., S. 330.
[35] AN vom 25. 8. 1867.
[36] Gemeindebericht, a.a.O., S. 408f.
[37] Herzig, S. 162.
[38] Zum Bonapartismus vgl. A. Herzig, Diktatorische, Bonapartistische und demokratische Tendenzen im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein 1863–1869, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, X. 1981, Universität Tel Aviv, S. 243ff.

gegründet. Der Zimmerer August Körner scheint der Initiator gewesen zu sein. Auf einer Generalversammlung war die neue Gemeinde zum ersten Mal in Hamburg 1868 vertreten. Das Mandat lag in den Händen von Schuster, der auch Glauchau und Meißen repräsentierte. Schleswig-Holstein gewann in der Politik des ADAV an Bedeutung, denn schon auf der 6. Generalversammlung im November 1867 in Berlin war ein Antrag der Altonaer Mitglieder angenommen worden, der den dortigen Gemeinden immer eine Vertretung im Vorstand sicherte.[39]

Noch 1865 hatten die Behörden in der Provinz die Agitation von C. Bruhn für völlig ungefährlich gehalten und keinen Anlaß gesehen, dagegen einzuschreiten. Die Pinneberger Landdrostei sah die örtlichen Verhältnisse als ungeeignet für eine erfolgreiche Agitation an.[40] In einer Einschätzung der Arbeiterbewegung des Jahres 1865 wies die Regierung in Schleswig darauf hin, daß es in Schleswig-Holstein nur an wenigen Orten Fabriken gäbe und deshalb auch nur selten eine größere Zahl Arbeiter zusammenkäme. Aber auch an diesen wenigen Orten sei eine Arbeiterbewegung bisher nicht zutage getreten. Auch die vereinzelt vorgekommenen Arbeitsniederlegungen wären unbedeutend und hätten zu keinerlei Unruhe geführt.[41]

Infolge der Agitation nach 1867 war diese Einschätzung revidiert worden. Die Polizeibehörden gingen dazu über, die Versammlungen der Arbeiter zu behindern. In Altona und an anderen Orten wurde zeitweise versucht, die Genehmigungen der öffentlichen Zusammenkünfte nur gegen eine hohe Stempelgebühr zu erteilen. Im Laufe der Jahre 1868 und 1869 zog der ADAV die Aufmerksamkeit der Behörden soweit auf sich, daß eine Überwachung der Arbeiterversammlungen angeordnet wurde.[42]

[39] SD Nr. 134 vom 13. 11. 1867.
[40] LAS 58.2 Nr. 84 Landdrostei Pinneberg vom 22. 4. 1865.
[41] LAS 58.2 Nr. 84 Schleswig-Holsteinische Landesregierung vom 27. 4. 1865.
[42] LAS 309.6921 Verwaltungsbericht vom 24. 7. 1869.

4. Die Ideologie des ADAV

Die politische Theorie Lassalles war für den ADAV von überragender Bedeutung. Zentrale Punkte gingen nach 1875 auch

Ferdinand Lassalle (1825–1864). Aufgrund seiner politischen Tätigkeit gegen die liberale Bewegung wurde 1863 in Leipzig der ADAV gegründet. Arbeitete 1848/49 als radikaler Demokrat an der von Marx herausgegebenen Neuen Rheinischen Zeitung mit. Bekannt wurde er durch den Scheidungsprozeß der Gräfin Hatzfeld, deren Interessen er vertrat.

in das Programm der auf dem Vereinigungsparteitag 1875 in Gotha gegründeten „Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" ein. Für die deutsche Arbeiterbewegung blieb somit die Lassallesche Theorie lange aktuell. Die Wahlrechtsagitation und die Forderung nach Errichtung von Produktivassoziationen waren für die deutschen Arbeiter lange Zeit wichtige Ziele ihrer politischen Aktivitäten. Ihr ökonomisches Denken war bestimmt von der Theorie des *„Ehernen Lohngesetzes"*. Diese von Lassalle in der tagespolitischen Auseinandersetzung mit den Liberalen zu Beginn der 1860er Jahre entwickelten politischen Vorstellungen sollen im folgenden kurz umrissen werden.

Ausgangspunkt für die Durchsetzung der politischen Ziele des ADAV war die Forderung nach allgemeinem und direktem Wahlrecht. Die Erringung der damit verbundenen politischen Freiheit sei das erste Ziel, das die Arbeiter zur Erfüllung ihrer legitimen Interessen anstreben müßten, meinte Lassalle.[43]

Der *„Arbeiterstand"*, den er als den *„enterbten Stand der Gesellschaft"* bezeichnet, müsse deshalb das Wahlrecht als politisches Kampfmittel und wichtigste Forderung ansehen.[44] Lassalle ging es nicht darum, eine von der demokratischen Bewegung abgesonderte Klassenbewegung des Proletariats zu initiieren, sondern eine breite Volksbewegung, die sich auf das Prinzip des Arbeiterstandes berufen und somit die Volkseinheit durchsetzen sollte.[45] Da aber die damaligen liberalen Parteien diesem Prinzip nicht gerecht wurden und eigene bürgerliche Interessen vertraten, müsse sich der Arbeiterstand nach Ansicht Lassalles als eigenständige politische Kraft konstituieren und versuchen, seine legitimen Interessen in den Parlamenten zu vertreten.[46]

Ausgangspunkt für Lassalles ökonomische Überlegungen ist das seiner Ansicht nach *„eherne"* Gesetz, das den Arbeitslohn bestimmt. Der durchschnittliche Lohn bleibe *„immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert"*, der zur Sicherung des Lebens und zum Erhalt der Arbeiterklasse erforderlich sei.[47] Der individuelle Lohn pendele um diesen Punkt, den er nicht wesentlich über- oder unterschreite. Die Einpendelung dieses Gesetzes wird erreicht durch ein jeweiliges Überangebot oder einen Mangel an Arbeitskräften, der durch die schwankende Reproduktion der Arbeiterklasse selbst entsteht.

Eng verbunden mit der Argumentation über das *„eherne Lohngesetz"* ist Lassalles Schlagwort vom *„Arbeitsertrag"*.[48] Die Gesamtheit des Arbeitsertrages stelle das Ergebnis der Produktion dar. Dieses teile sich wiederum auf in den Arbeitslohn und in den Unternehmeranteil. Der Arbeiter bleibt aufgrund des beschriebenen Lohngesetzes von den Steigerungen der Produktivität ausgeschlossen, deren Nutzen nur auf den Unternehmeranteil falle. Aufgrund dieser Ansicht war ein zentraler Punkt in der Agitation des ADAV die Forderung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag. Denn nur nach Erlangung des vollen Arbeitsertrages käme den Arbeitern auch die Produktivitätssteigerung zugute.

In ihrer Gegenüberstellung von Arbeitslohn und Unterneh-

[43] Lassalle, Offenes Antwortschreiben, in: ders. Reden und Schriften, hrsg. von F. Jenaczek, München 1970, S. 171.

[44] Lassalle, Arbeiterprogramm, in: a.a.O., S. 49f.

[45] C. Stephan, „Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen". Aus der Urgeschichte der deutschen Sozialdemokratie 1862–1878, Frankfurt 1977, S. 127.

[46] Lassalle, Offenes Antwortschreiben, a.a.O., S. 174.

[47] a.a.O., S. 181.

[48] a.a.O., S. 182.

mergewinn besaß die Lassallesche ökonomische Theorie – unabhängig von der Richtigkeit der Analyse – hohen agitatorischen Wert.[49] Die Formulierung des *„ehernen Lohngesetzes"* und seine Dogmatisierung in der Agitation wurde für das Verhältnis des ADAV zur entstehenden Gewerkschaftsbewegung von entscheidender Bedeutung.[50] Da die lassalleanische Organisation eine Streikbewegung, in der Lohnforderungen gestellt wurden, als sinnlos ansah, mußte ihr auch gewerkschaftliche Betätigung als zweifelhaft erscheinen. Eine Gewerkschaft war im lassalleanischen Verständnis nur in strikter Abhängigkeit von einer politischen Partei denkbar.

Im *„Offenen Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig"* grenzte sich Lassalle gegen die auf Betreiben von Hermann Schulze-Delitzsch gegründeten Konsum-, Kredit- und Rohstoffvereine ab und begründete seine programmatische Forderung nach Produktivassoziationen, die mit Staatshilfe entstehen sollten. Die von Schulze-Delitzsch geförderten Zusammenschlüsse wären nur den kleinen Handwerksbetrieben dienlich, dem größten Teil des Arbeiterstandes dagegen aber nicht von Nutzen, weil dieser in Großbetrieben tätig sei. Handwerksmeister unterstützende Assoziationen verlängerten nur den Todeskampf der Kleinbetriebe gegen die fabrikmäßige Großproduktion. Die für die Arbeiter ins Leben gerufenen Konsumvereine sind nach Lassalles Ansicht ebenfalls ein ungeeignetes Mittel, die Lage der Arbeiter zu verbessern, weil diese Gründungen ihre Situation als Konsumenten beträfen. Da sich das *„eherne Lohngesetz"* immer durchsetze, könne ein Konsumverein nur Schutz gegen Wucher gewähren. Konsumvereine waren nach Ansicht der Lassalleaner *„im besten Falle unschädliche Dinge, welche zugleich ohne allgemeinen sozialen Nutzen sind."*[51]

Lassalle und seine Anhänger gingen davon aus, daß dem Arbeiter nur dann geholfen werden könne, wenn seine Stellung als Produzent verändert würde.[52] Dazu sollte das Prinzip der freien Assoziation auf die Industrie angewandt und der *„Arbeiterstand zu seinem Unternehmer"* gemacht werden.[53] Erreiche der Arbeiter die Position als Unternehmer in einer Produktivassoziation, erhalte er auch den vollen Arbeitsertrag, weil die Spaltung des wirtschaftlichen Arbeitsergebnisses in Lohnanteil und Unternehmergewinn in diesem Fall entfalle.

[49] S. Náaman, Lassalle, Hannover 1970, S. 579.

[50] Zur Stellung des ADAV zu den Gewerkschaften s. u. a.: W. Albrecht, Fachverein-Berufsgewerkschaft-Zentralverband. Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870–1890, Bonn 1982 und W. Ettelt, H.-D. Krause, Der Kampf um eine marxistische Gewerkschaftspolitik in der deutschen Arbeiterbewegung 1868 bis 1878, Berlin 1975.

[51] NSD Nr. 14 vom 2. 2. 1873.

[52] Ebd.

[53] Lassalle, Offenes Antwortschreiben, a.a.O., S. 188.

5. Organisationsform des ADAV

Wie schon während der internen Auseinandersetzungen im ADAV nach Lassalles Tod deutlich geworden ist, war der Präsident des Vereins die zentrale Persönlichkeit in der Organisation. Das von Lassalle entworfene Organisationsstatut gab ihm weitgehende Vollmachten. Da der 24 Personen umfassende Vorstand des ADAV über ganz Deutschland verstreut war, erhielt der Präsident die Befugnis, die Vorstandssitzungen einzuberufen und deren Ort und Zeit zu bestimmen. Erst 1869 gelang es auf der Barmener Generalversammlung, den Vorstand an einem Orte zu konzentrieren. Fast alle Mitglieder des

Vorstandes kamen aus dem Raum Hamburg-Harburg-Altona. Da der Vorstand sich danach aber nie wieder in dieser Weise regional konzentrierte, war er kein geeignetes Mittel zur Kontrolle des Präsidenten.

Die jährlich einzuberufende Generalversammlung blieb das eigentliche Kontrollinstrument über die Macht des Präsidenten. Zu diesem Zeitpunkt wurden der Präsident und der Vorstand von den Delegierten gewählt und dessen Politik konnte während der Aussprache kritisiert werden. Schweitzer versuchte, der Generalversammlung die demokratische Kontrollfunktion zu nehmen, indem er 1867 durchsetzte, daß der Präsident nur noch vom Vorstand bestimmt werden sollte. Zuvor sollte der Präsident in den Gemeinden gewählt werden, dies geschah natürlich in Unkenntnis des Rechenschaftsberichtes auf der Generalversammlung.[54] Nach Schweitzers Sturz wurde die alte Regelung wieder eingeführt.

Die Delegierten zur Generalversammlung wurden von den einzelnen Gemeinden gewählt. Ihr Mandat mußten sie imperativ ausüben. Als dies auf der Generalversammlung in Hannover 1874 kritisiert wurde, sprach sich der damalige Vizepräsident des Vereins G. Winter aus Ottensen für die Beibehaltung dieser Tradition aus.[55] Die Delegierten hatten soviele Stimmen, wie die von ihnen vertretenen Orte Mitglieder. Einzelne Abgeordnete konnten darum eine sehr hohe Stimmenzahl auf sich vereinigen, insbesondere wenn sie mehrere Orte vertraten. Deshalb brachten die Wandsbeker und Ottensener Mitglieder auf der Generalversammlung 1874 den Antrag ein, die Zahl der Mandate auf 400 zu beschränken. Herrhold, der Ottenser Delegierte, begründete den Antrag mit der möglichen Terrorisierung der Generalversammlung durch einzelne Delegierte. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag angenommen mit der Einschränkung, daß die Namen der Delegierten vierzehn Tage vor dem Zusammentritt der Generalversammlung bekanntgemacht werden müßten.[56]

Wichtig für die Durchsetzung der Politik des Präsidenten war seine Möglichkeit, die Bevollmächtigten der einzelnen Gemeinden zu ernennen. Er war zwar gehalten, die Vorschläge der Mitglieder zu berücksichtigen, aber die Entscheidung lag allein bei ihm. Auch die örtlichen Kassierer und Revisoren wurden vom Präsidenten ernannt. Sie und auch die Bevollmächtigten konnte er jederzeit suspendieren und nach Absprache mit dem Vorstand absetzen.[57] Der Bevollmächtigte hatte dafür Sorge zu tragen, daß unter seiner Leitung nach den Lassalleschen Prinzipien agitiert wurde. Die für die Verwaltung des Vereins zuständigen Parteibeamten, der Sekretär und der Kassierer, wurden auf der Generalversammlung gewählt. Der Sekretär führte die laufenden Geschäfte des Vereins. In finanziellen Angelegenheiten mußte der Kassierer alle vom Präsidenten angeordneten Ausgaben tätigen. Beide Parteibeamten wurden für ihre Funktionen bezahlt. Durch ihr Amt waren sie Mitglieder des Vorstandes. Zur Vereinsspitze gehörte auch der Vizepräsident, den der Präsident aus den Vorstandmitgliedern heraus ernennen konnte. Im Falle der Ver-

[54] Herzig, S. 163.
[55] Protokoll der Generalversammlung des ADAV zu Hannover vom 26. 5.–5. 6. 1874, S. 88.
[56] Ebd.
[57] Abdruck der Instruktionen für Bevollmächtigte in: D. Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Berlin 1975, S. 78ff.

hinderung des gewählten Präsidenten, dies war u. a. der Fall beim Absitzen von Gefängnisstrafen, vertrat ihn der Vizepräsident im Amt. In der Ottensener Gemeinde gab es Bestrebungen, auch den Vizepräsidenten durch die Mitglieder auf der Generalversammlung wählen zu lassen. Dieser Antrag wurde aber 1873 auf der Generalversammlung in Berlin aus formalen Gründen abgelehnt, denn er hätte eine Statutenänderung beinhaltet.

Erster Sitz des Vereins wurde Leipzig. Nachdem der Verein 1868 in Sachsen verboten wurde, verlegte Schweitzer den Sitz bei der Neugründung nach Berlin. Dies hatte zur Folge, daß der Verein seine Organisationsstruktur dem preußischen Vereinsgesetz anpassen mußte, das überregionale Zusammenschlüsse zum Zwecke politischer Tätigkeit verbot. Es gab jetzt nur noch den Verein in Berlin, der aber auch Mitgliedschaften in anderen Orten zuließ. Die Bevollmächtigten waren Vertreter des Präsidenten am Ort.

Die Organisationsform ist im ADAV nie wesentlich geändert worden. Sie blieb immer orientiert am *„persönlichen Regiment als Organisationsprinzip."*[58] Die Fähigkeiten des jeweiligen Präsidenten, den Verein zu leiten, waren entscheidende Faktoren, um politische Inhalte durchzusetzen. Die zentralistische Organisationsform des ADAV konnte nicht die Grundlage für eine Massenpartei bilden. Im Gegenteil bot sie den Ausgangspunkt für Bonapartismus und Cliquenwirtschaft im Verein. Insbesondere nach 1869 erwies sich der orthodoxe Lassalleanismus als ungeeignet, die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter zur demokratischen Reform seines Organisationsstatutes zu nutzen.

6. Eine große Familie – Vereinsleben und Agitation im ADAV

Öffentliche politische Agitation und die Gestaltung von Festen standen im Zentrum des Vereinslebens im ADAV. Das Selbstverständnis der Agitation bestand in der Einsicht, daß es notwendig sei, sich mit der *„reaktionären Masse"* auseinanderzusetzen.[59] Funktion dieser Auseinandersetzung, auch mit dem politischen Gegner, sollte es sein, Solidarität und Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Arbeitern zu schaffen. In der Gründungsphase des ADAV war der politische Gegner die liberale Fortschrittspartei und der von ihr dominierte Verband Deutscher Arbeitervereine. Nach 1869 übertrug sich diese Gegnerschaft auf die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die sogenannten Eisenacher unter der Führung von August Bebel. Die Agitationsveranstaltungen waren aber auch während der ganzen Zeit des Bestehens des ADAV ein Forum, um Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Gruppierungen im Verein selbst auszutragen. Oft kam es dabei zu aggressiven Auseinandersetzungen der Gruppen.

Die wichtigste Agitationsform war die Rede eines ADAV-Mitgliedes auf einer Arbeiterversammlung. In den gehaltenen Reden wurden Lassalles politische und ökonomische Anschauungen auf einfache und griffige Formeln gebracht, die schnell einleuchten sollten.

Drei Formen von Zusammenkünften wurden von den

[58] Náaman, Lassalle, S. 706.
[59] Herzig, S. 81.

ADAV-Gemeinden abgehalten: die interne Vereinsversammlung, die öffentliche Arbeiterversammlung und der regionale Arbeitertag. Die Treffen wurden regelmäßig in der Vereinspresse angekündigt. Der persönliche Kontakt zwischen ADAV-Mitgliedern und den zu den Versammlungen kommenden nichtorganisierten Arbeitern war ein Mittel zur Werbung neuer Mitglieder. Auch Hermann Molkenbuhr kam über diesen Weg in den ADAV. Im Wahlkampf 1871 hatte er Volksversammlungen mit Georg Winter und Bräuer besucht. Nachdem er verschiedene Schriften Lassalles gelesen hatte, trat er im August 1872 in den ADAV ein.[60]

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt, der zur eigentlichen Diskussion auf den Mitgliederversammlungen führte, war der *„Fragekasten"*. In einen Kasten im Versammlungslokal konnten die Anwesenden ihre Fragen schriftlich einbringen, um sie dann vom Bevollmächtigten oder einem anderen Mitglied beantwortet zu bekommen. An die Beantwortung schloß sich meist eine Debatte an. Die Einrichtung des *„Fragekasten"* wurde aber von den Mitgliedern auch dazu benutzt, ihre selbst gestellten Fragen zu beantworten. Dies war in den ADAV-Gemeinden ein beliebtes Mittel, etwaige Änderungen der politischen Taktik oder Fraktionsstreitigkeiten zu klären. Von der politischen Polizei konnten mit Hilfe eines *„Vereinsspitzels"* provokative Fragen gestellt werden, die dann den Vorwand liefern sollten, die Versammlung aufzulösen. Eventuelle unliebsame Fragen konnten vom Versammlungsvorsitzenden aber unterdrückt werden, indem er sie nicht verlas.[61]

Der theoretische Stand der Agitation in den siebziger Jahren scheint Molkenbuhr nachträglich völlig unzulänglich gewesen zu sein. In einem Artikel schrieb er 1922:
„Wären die damaligen Reden stenographiert worden, und würde man sie heute lesen, dann würde man bald erkennen, daß wir vom wirklichen Sozialismus noch weit entfernt waren. Die meisten Genossen waren noch nicht über den 48er Radikalismus hinausgekommen. Andere waren Anhänger des Weitlingschen Kommunismus. Da war der orthodoxe Lassalleanismus eigentlich die erste Etappe auf dem Weg zum Sozialismus."[62]
Von der ursprünglichen Lassalleschen Agitation waren aber nach dessen Tod im wesentlichen nur zwei Elemente übriggeblieben, die den „spezifischen Lassalleanismus" der siebziger Jahren prägten: Der Hinweis auf eine zentralistische Organisation und die Verbindung von Produktivassoziationen mit demokratischem Stimmrecht.

Hinzu kommt, daß Lassalle als erster Präsident des ADAV eine kultische Verehrung erfuhr, die ihn als Erlöser der Arbeiterklasse erscheinen ließ. Der so entstandene Lassalle-Kult, der in der Darstellung des ADAV-Gründers als Messias gipfelte, wird im Thema eines Referats deutlich, das Richter 1870 in Altona hielt. Er sprach im Versammlungslokal „Wittmaack's Salon" über *„Christentum und Sozialismus"*.[63] Dieses von den Agitatoren häufig abgehandelte Thema wurde im allgemeinen dazu benutzt, Lassalle und Christus zu vergleichen und damit eine innere Verbindung zwischen Christentum und

[60] Molkenbuhr, H II, S. 154f.
[61] K. Frohme, Politische Polizei und Justiz im Monarchischen Deutschland, Hamburg 1926, S. 12.
[62] H. Molkenbuhr, Die Agitatorenschule, in: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 27. 5. 1922. Zitiert nach: Regling, S. 162.
[63] SD Nr. 47 vom 22. 4. 1870.

Sozialismus herzustellen. Diesen Zusammenhang hoben auch die Redner auf einer anderen Volksversammlung in Altona hervor.

„Hörig und Bräuer zeigten recht deutlich das Verhältnis von Jesus und Lassalle und beider Sterben und Leiden für das Wohl des Volkes."[64]

Der propagierte Sozialismus übernahm im ADAV immer stärker die Funktion einer Ersatzreligion.

„Wie der fromme Katholik seine Kirche, so mußte der Lassalleaner zweimal in der Woche Versammlung[en] besuchen",

beschreibt Molkenbuhr das Verhalten der Anhänger Lassalles.[65] Als im Spätsommer 1871 in Altona und Ottensen öffentliche Versammlungen der Arbeiter von der Polizei untersagt wurden, weil sie eine angebliche Gefährdung der Sicherheit darstellten,[66] untersagte man ausdrücklich auch die Vorträge über Christus und Lassalle. Bei Nichtbeachtung wurde eine erhebliche Geldstrafe angedroht.

Der pseudoreligiöse Kult um den Gründer des ADAV fand seinen jährlichen Höhepunkt in den Gedenkfeiern zum Geburts- und Todestag von Lassalle. Molkenbuhr beschreibt diese Feiern als eine Art Gottesdienst.

„Der Saal ganz in Schwarz ausgeschlagen. Auf der Bühne ein schlecht gemaltes Transparent, welches Lassalle auf dem Totenbett darstellte. Vorn auf der Bühne eine Büste Lassalles. Nur ernste Sachen durften von der Musik gespielt und von den Sängern gesungen werden."[67]

An der Gestaltung solcher Feste beteiligten sich in Altona die von ADAV-Mitgliedern gegründeten Arbeitergesangsvereine, wie z. B. „Lassallea" und die Formerliedertafel. Für die Geburtstagsfeiern wurde häufig ein Rhetoriker verpflichtet.[68] Nach 1868 läßt sich feststellen, daß die Altonaer ADAV-Mitglieder auf den öffentlichen Veranstaltungen dazu übergingen, Unterhaltung und Agitation miteinander zu verbinden. Der ADAV-Präsident Schweitzer schrieb eigens dazu das in Form eines Streitgespräches verfaßte Stück *„Ein Schlingel"*, dessen Bühnenfassung 1870 im „Agitator" veröffentlicht wurde. Dieses Agitationsstück beinhaltete in vereinfachter Form die Marxsche Mehrwerttheorie. Entstanden war es aus einem Leitartikel, den Schweitzer 1867 im „Social-Demokrat" veröffentlicht hatte. In Altona wurde dieses Stück im Februar 1870 auf einem allgemeinen Arbeiterfest gezeigt. Neben dieser Aufführung bestand das Fest aus einem Konzert und einem sich anschließenden Tanzvergnügen.[69]

Die Aktivitäten der Altonaer ADAV-Gemeinde erstreckten sich auch auf die Freizeit ihrer Mitglieder und Freunde. Neben den Festen wurden gemeinsame Ausflüge in die nähere Umgebung unternommen. So sollten das Gefühl von Solidarität untereinander gestärkt und die Familien der Mitglieder in die politische Arbeit mit einbezogen werden. Die Partei trug damit zur gesellschaftlichen Selbstdarstellung und Identifikation der Arbeiter mit ihr bei. Der ADAV wurde als eine große Familie verstanden, in die die Mitglieder integriert waren. Alle Feste und Versammlungen dienten der ADAV-Gemeinde als wich-

[64] NSD Nr. 15 vom 4. 2. 1872.
[65] Molkenbuhr, H II, S. 163.
[66] Laufenberg, S. 474.
[67] Molkenbuhr, H II, S. 160.
[68] NSD Nr. 41 vom 10. 4. 1874.
[69] SD Nr. 21 vom 18. 2. 1870.

tige Geldquelle für die weitere Agitation. Für diesen Fond wurde dort fast immer Geld gesammelt. Der die Veranstaltung überwachende Polizeibeamte benutzte die Form der Tellersammlung häufig dazu, das Treffen aufzulösen. Die Geldmittel aus den durch Sammlung und Spenden entstandenen Kassen wurden dazu benötigt, Agitatoren zu entschädigen. Nur wenige erhielten als „stabile Agitatoren" aus der Parteikasse Geld für ihren Verdienstausfall. Agitatoren, wie z. B. Molkenbuhr, die neben ihrer Arbeit politisch tätig waren, erhielten wochentags nur eine Entschädigung für ihren Verdienstausfall und das notwendige Fahrgeld erstattet. An Sonntagen wurde nur die Eisenbahnfahrt 4. Klasse von der Parteikasse bezahlt. Die Diätenzahlung war im ADAV in der ersten Phase seiner Geschichte nicht üblich, setzte sich aber seit Ende der sechziger Jahre durch. In Altona mußten die in der Gründungszeit tätigen Agitatoren Möller und Reinsdorf nur von ihrem Verdienst als Zigarrenmacher leben. Bei dem hohen Zeitaufwand, den sie für die Agitation hatten, war dies nicht leicht. Auf den Generalversammlungen in den siebziger Jahren waren die hohen Kosten und Entschädigungen für die Agitatoren ein häufiges Thema. Dabei stand 1874 der Altonaer Zigarrenmacher und Vizepräsident Georg Winter wegen seiner hohen Abrechnungen und angeblich fehlender Belege im Mittelpunkt der Kritik. Während des Wahlkampfes wurden seine nicht nur auf Schleswig-Holstein beschränkten Agitationsreisen von der zentralen Parteikasse mitfinanziert. H. Rackow wies in der Debatte darauf hin, daß Altona die Kosten für die Agitation in Schleswig-Holstein nicht allein tragen könne und deshalb, wie andere Orte auch, eine Unterstützung erhalten habe.[70]

Mit dem Agitationsprinzip der „großen Familie" war die Altonaer ADAV-Gemeinde sehr erfolgreich. Es wurde eine so große Anzahl Arbeiter in die politischen Aktivitäten eingebunden, daß es gelang, von hier aus die Landagitation in Schleswig-Holstein zu verstärken.

6.1. Die Altonaer Agitatorenschule – Lernen, um zu überzeugen

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1871 machten deutlich, daß der ADAV hier nur Mandate gewinnen konnte, wenn die überwiegend ländliche Bevölkerung für ihn stimmte. Im 8. Wahlkreis hatte sich schon eine Majorität an Stimmen für die Partei herausgebildet. Um aber eine systematische Agitation auch in den ländlichen Gebieten zu gewährleisten, fehlte es dem ADAV an geschulten Rednern. Aber gerade auf dem Lande kam der Rede eines Agitators große Bedeutung zu, weil der Alphabetisierungsgrad gering und sozialistische Schriften wenig verbreitet waren. Hauptagitatoren der Lassalleaner in Schleswig-Holstein waren um 1870 der Schriftsetzer Oldenburg und die Zigarrenarbeiter Otto Reimer und Georg Winter. Der Ottenser Winter galt als der erfolgreichste Agitator auf dem Lande, insbesondere in Dithmarschen.

Da Altona seit Beginn der siebziger Jahren zum Zentrum der sozialistischen Bewegung in Schleswig-Holstein geworden war, plante die ADAV-Gemeinde der Stadt von hier aus auch die

[70] Protokoll der Generalversammlung 1874, a.a.O., S. 86.

gesamte Landagitation. Um diese für die Wahl 1874 zu verbessern, wurde 1872 eine eigene Agitatorenschule gegründet.[71] Das Altonaer Institut sollte dazu beitragen, eine größere Anzahl an geschulten Rednern auszubilden. Eine weitere Aufgabe der Agitatorenschule sollte es sein, die tagespolitische Anwendbarkeit der Lassalleschen Theorie zu fördern. Gerade bei jüngeren ADAV-Mitgliedern in Altona war man daran interessiert, eine differenzierte Interpretation der Theorie des ADAV-Gründers zu erarbeiten, um die Agitation von gängigen Stereotypen zu befreien. Mit diesem Vorsatz wurde auf dem ersten Sitzungsabend Lassalles „Arbeiterprogramm" besprochen. Die Schulung fand in der Wohnung von C. Radenhausen statt, einem Altonaer Parfümfabrikanten, der Mitglied im ADAV war. Er leitete den Abend mit der Bemerkung ein, *„man dürfe nur über solche Dinge reden, die man genau kennt."*[72] Molkenbuhr, der an den Schulungszirkeln teilnahm, berichtet weiter über die Besprechung des Arbeiterprogramms:

„Aber es zeigte sich bald, daß der Geist des Arbeiterprogramms sich sehr versteckt hatte. Die Glücklichsten hatten sich einige Zeilen auswendig gelernt."[73]

Sie wurden besonders durch die aufgeworfenen Fragen nach historischen Zusammenhängen *„nicht klüger, sondern verwirrter,"* urteilt Molkenbuhr weiter.[74]

Die eigentliche Bedeutung der Agitatorenschule lag weniger in der Erlangung theoretischer Einsichten bei den Schülern, sondern in der Vermittlung einer beispielhaften Agitationsmethode. Der erfahrene Agitator G. Winter versuchte den Teilnehmern ein taktisches Vorgehen zu vermitteln, das Molkenbuhr folgendermaßen beschreibt:

„Wir sollten uns zunächst mit den Leuten unterhalten und uns in deren Gedankengänge einleben, dann ermitteln, womit die Leute unzufrieden sind, und nun sollten wir nachweisen, daß die Ursachen der Mißstände in der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung begründet liegen und nur durch den Sozialismus beseitigt werden könnten."[75]

Mit dieser Methode hatte Winter bei seinen Agitationsreisen in Dithmarschen großen Erfolg gehabt. Zur Fundierung der Diskussion lasen die künftigen Agitatoren auch weiterhin Lassalles Hauptschriften, deren Inhalt dann gegenüber Winter verteidigt werden mußte. In einer Art Rollenspiel vertrat er dabei die gegnerische Meinung.

„Da Winter sehr geschickt den Standpunkt der Liberalen zu verteidigen verstand, so kam der von den Schülern verteidigte Sozialismus nicht selten unter die Räder."[76]

Die weitere Ausbildung bestand in praktischen Redeübungen auf Versammlungen in den Altona/Ottensen umgebenden Dörfern. Diese Versammlungen wurden meist von zwei bis drei Rednern bestritten, deren agitatorische Wirksamkeit besonders dann kritisiert wurde, wenn einer von ihnen in seiner Rede gegen die Theorie Lassalles verstoßen hatte.

Das von den Gründern der Schule gesteckte Ziel, bis zur Reichstagswahl 1874 einige Dutzend geschulte Redner auszu-

[71] Zur Geschichte der Agitatorenschule vgl.: H. Rüdel, Zu den Anfängen sozialistischer Arbeiterbildung in Schleswig-Holstein, in: F. Kopitzsch (Hrsg.), Erziehungs- und Bildungsgeschichte Schleswigs-Holsteins von der Aufklärung bis zum Kaiserreich, Neumünster 1981, S. 193ff.

[72] Molkenbuhr, H III, S. 167.

[73] a.a.O., S. 168.

[74] Ebd.

[75] a.a.O., S. 170f.

[76] a.a.O., S. 163.

bilden, konnte nicht erreicht werden. Drei Teilnehmer, die Zigarrenarbeiter Heyer, Weigelt und Molkenbuhr, nahmen jedoch als neue Agitatoren an diesem Wahlkampf teil und konnten gute Erfolge erzielen. Den Typus des ADAV-Agitators, der als „Reiseapostel" auftrat und sich mit seiner quasi religiösen Lassalleverehrung mehr an die Emotionen seiner Zuhörer wandte als an deren Vernunft, konnte die Altonaer Schule in Schleswig-Holstein auch nicht beseitigen. Eine autodidaktische Aneignung der Lassalleschen Schriften, die dann während der Reden formelhaft wiederholt wurden, blieb die Regel.

7. Zum Verhältnis von sozialer Herkunft und politischer Organisierung

7.1. Die Sozialstruktur des ADAV

Um den regionalen Erfolg des ADAVs in Altona/Ottensen nach 1870 erklären zu können, ist es notwendig, die Sozialstruktur des Vereins näher zu untersuchen.

Den Mitgliederstamm des Vereins bildeten bis 1869 überwiegend die Berufsgruppen der Tischler, Schuster, Schneider und Zigarrenarbeiter. Erst danach kamen andere Handwerkergruppen hinzu.[77] Die handwerkliche Sozialstruktur des ADAV wird in der von Herzig durchgeführten Analyse der Berufe von 154 Vorstandsmitgliedern des Vereins deutlich. Von 117 dieser Personen sind die Berufe bekannt, unter ihnen befanden sich 13 Zigarrenarbeiter. Als Fabrikarbeiter werden nur acht Personen bezeichnet. Für die Jahre 1870 bis 1875 zeigte sich immer noch eine starke Vertretung der Zigarrenarbeiter im ADAV-Vorstand. In diesem Zeitraum gehörten 11 Personen dieser Berufsgruppe den verschiedenen Vorständen an. Die zu dieser Zeit als Wachstumsbranche angesehene Metallindustrie war dagegen nur mit drei Personen vertreten.[78]

Aus Altona wurden von 1865 bis 1874 der Gastwirt Rickers, der Haartuchweber v. Daacke, der Schneider Bräuer und die Zigarrenarbeiter Winter und Reimer in den Vorstand gewählt, davon die Zigarrenarbeiter erst in den siebziger Jahren. Reimer war als Vertreter Hamburgs 1869 schon einmal in den Vorstand berufen worden. Ein Parteibeamter des ADAV kam nur einmal aus Altona. Der Buchhändler H. Rackow wurde auf der Generalversammlung 1874 zum Kassierer des Vereins und zum Expedienten des „Neuen Social-Demokraten" ernannt. Den undotierten Posten des Vizepräsidenten bekleidete Georg Winter in den Jahren 1873 und 1874. Die ADAV-Gemeinde in Ottensen war nie direkt, sondern immer nur über die Altonaer Mitglieder am Vorstand beteiligt.

Die Berufe der Delegierten, die von den Gemeinden in Altona und Ottensen für die Generalversammlung gewählt wurden, zeigen deutlich, daß der ADAV in dieser städtischen Region in den siebziger Jahren seine traditionelle handwerkliche Prägung nicht verloren hatte. Die Berufsgruppe der Zigarrenarbeiter wurde nach 1870 durch die Person Winters am häufigsten, nämlich viermal, vertreten. Die anderen zu ermittelnden Berufe der Delegierten waren nach 1870 Schneider, Schuster, Tischler, Kolporteur und Buchhändler.[79]

Soweit die Berufe der ersten Bevollmächtigten der nord-

[77] Laufenberg, S. 406.
[78] Herzig, S. 58f.
[79] Zusammenstellung nach den Protokollen der Generalversammlungen.

deutschen ADAV-Gemeinden bekannt sind, stellen hier ebenfalls die Weber, Tischler, Schneider, Zimmerer und Zigarrenarbeiter die größte Gruppe.[80] Der erste Bevollmächtigte in Altona, Krohne, war von Beruf Schuhmacher. Bruhn, der die Gemeinde während ihrer Oppositionszeit leitete, war Redakteur. Der nach der Konsolidierung zum Bevollmächtigten bestimmte Rickers war Gastwirt. An seine Stelle trat 1868 der Haartuchweber von Daacke. Als dieser zu den Eisenachern wechselte, wurde als Interimsbevollmächtigter Schmalz ernannt. Danach traten die Zigarrenarbeiter Winter und Reimer an seine Stelle. Während des Wahlkampfes 1873/74 war Rakkow der Leiter der Gemeinde in Altona.

Der Mitgliederstruktur entsprach auch die Auswahl der Kandidaten, die vom ADAV in Schleswig-Holstein zu verschiedenen Wahlen aufgestellt wurden. In den zehn Wahlkreisen dieses Gebietes trat der ADAV und später die SDAP von 1871 bis 1877 mit insgesamt 12 Kandidaten an. Deren Berufsangaben lassen sich folgendermaßen aufschlüsseln: 4 Zigarrenarbeiter, 2 Schneider, je ein Schuhmacher, Zimmerer, Schriftsetzer, Maschinenbauer, Buchhändler und Schriftsteller.[81]

Eine 1878 von der Schleswiger Regierung im Zuge der Vorbereitung des Sozialistengesetzes aufgestellte Liste der im Lande tätigen Agitatoren läßt ebenfalls Rückschlüsse auf die Sozialstruktur der sozialistischen Bewegung zu.[82] Dabei zeigt es sich, daß in den siebziger Jahren die Agitation hauptsächlich von Zigarrenarbeitern aus dem Stadtkreis Altona/Ottensen getragen wurde. Von den 52 genannten, im Lande ansässigen Agitatoren waren 19 von Beruf Zigarrenarbeiter und von diesen wiederum 12 in Altona/Ottensen beheimatet. Die übrigen auf Versammlungen aufgetretenen Redner waren von Beruf: 5 Schuster, 4 Schneider, 2 Maurergesellen, 2 Schriftsetzer, 2 Tischler und 7 Händler. Weiter wurden als Berufe für einzelne Personen ermittelt: Feilenhauer, Gastwirt, Kolporteur, Arbeiter, Steinschläger, Klempnergeselle, Nagelschmied, Korbmacher und Expedient. Anhand dieser Zahlen wird deutlich, daß die Zigarrenarbeiter für die sozialistische Bewegung in Altona und in ganz Schleswig-Holstein eine bedeutende Rolle gespielt haben. Es fällt weiter auf, daß unter den sozialistischen Zigarrenarbeitern auch „Arbeitgeber" vertreten waren, die ca. 6–8 Personen beschäftigten.

Neben die traditionell im ADAV organisierten Berufsgruppen traten in den siebziger Jahren auch neue Arbeiterkreise, insbesondere die Hafenarbeiter und Former. Die Hafenarbeiter standen dem ADAV zuvor ablehnend gegenüber. Auf einer Wahlversammlung im Jahre 1867 hatten sie einen Tumult verursacht, als sie im Auftrage der Großhändler den *„Schneider- und Schusterlumpen"* vom ADAV den *„Mund stopfen"* wollten.[83]

Um diese ungelernte Arbeitergruppe dennoch in den Verein integrieren zu können, begann 1871 eine speziell auf sie ausgerichtete Agitation. Es wurden mehrere Volksversammlungen für die Elb- und Hafenarbeiter Altonas abgehalten. Dort wurden die Lassallesche Theorie dargestellt und die Arbeiter auf-

[80] Trautmann, Liberalismus, Arbeiterbewegung und Staat in Hamburg und Schleswig-Holstein 1862–1869, in: AfS 15 (1975), S. 76.
[81] Regling, S. 272.
[82] LAS 301.2444, Liste der in Schleswig-Holstein tätigen Agitatoren vom 16. August 1878.
[83] Laufenberg, S. 340.

[84] NSD Nr. 122 vom 22. 10. 1873.
[85] Zur Arbeiterbewegung in der Glasindustrie vgl.: G. Horn, Die Geschichte der Glasindustrie und ihrer Arbeiter, Stuttgart 1903.

gefordert, sich im ADAV zusammenzuschließen. Im Wahlkampf 1873/74 stellten die Hafenarbeiter einen volkstümlichen Agitator. H. Wehrenberg, ein Kohlenschauermann aus Altona, agitierte im 8. Wahlkreis auf plattdeutsch. Wegen antipreußischer Äußerungen wurde Wehrenberg 1874 verhaftet und zu einer sechsmonatigen Festungshaft verurteilt.

1871 gelang es, eine Berufsgruppe in den Verein zu integrieren, die aus der Industriearbeiterschaft kam. Im Oktober dieses Jahres schlossen sich 54 Former der Gemeinde an. Anlaß dazu war die Entlassung zweier ihrer Kollegen durch die Firma Zeise. Der seit 1862 bestehende Formerverein, der bis dahin als liberal gegolten hatte, wurde danach vom ADAV beherrscht.

Die im Mai 1872 in Hamburg erfolgte Gründung eines Allgemeinen Deutschen Formerbundes wurde von den Lassalleaner Altonas befürwortet. Er entwickelte sich zu einer dem ADAV nahestehenden Organisation. Sein Schwerpunkt lag in der Region Hamburg und Schleswig-Holstein. Das Präsidium des Bundes und sein Ausschuß waren 1873 in Altona ansässig.[84]

Außer den Formern arbeiteten in Ottensen noch die Glasarbeiter unter industriellen Bedingungen.[85] Eine durch die ADAV-Gemeinde in den siebziger Jahren erfolgte Politisierung dieser Gruppe läßt sich bisher aber nicht nachweisen. Folgende Gründe können dafür ausschlaggebend gewesen sein: In Ottensen konnte die Glasindustrie nicht auf einheimische qualifizierte Arbeiter zurückgreifen. Um nun aus den wandernden Glasmachern einen Stamm an Arbeitskräften mit der notwendigen Ausbildung an die Glashütten zu binden, wurden Werkswohnungen errichtet. Das Mietverhältnis einer solchen Wohnung war direkt an das Arbeitsverhältnis gekoppelt. Der Verlust des Arbeitsplatzes infolge gewerkschaftlicher und politischer Aktivitäten hatte deshalb auch die sofortige Räumung der Wohnung zur Folge. Die Organisierung solcher spezifisch gebundenen Arbeiter erwies sich allgemein als äußerst schwierig. Auf den Glashütten gab es eine sehr starke Differenzierung innerhalb der Arbeitskräfte nach ihrem Tätigkeitsbereich. Dies und auch die weiter auseinanderliegenden Arbeitsplätze erschwerten die für eine Organisierung notwendige innerbetriebliche Kommunikation.

Obwohl sich die ADAV-Gemeinden in Altona und Ottensen um den Anschluß bisher unorganisierter Arbeitergruppen bemühten und dabei auch Erfolge erzielten, blieb die Sozialstruktur des Vereins insgesamt handwerklich. Dies wurde manifest auf der Ebene der Funktionäre und Agitatoren. Hauptsächliches Rekrutierungspotential in den siebziger Jahren bildeten die Tabakarbeiter.

7.2. Die Zigarrenarbeiter in der Altona/Ottenser Arbeiterbewegung

Die Bedeutung, die die Tabakverarbeitung in Altona und Ottensen in den siebziger Jahren hatte, wird am Zahlenverhältnis der in diesem Gewerbe tätigen Personen zur Gesamtbevölkerung deutlich. Im Stadtkreis kamen 1875 auf einen Tabakarbeiter 50 Ortsanwesende, während es auf das gesamte deutsche

Reich bezogen 1:432 waren.[86] Dieser überdurchschnittlichen Konzentration insbesondere von Zigarrenmachern in der Stadt entsprach ihr politischer Organisationsgrad in der ADAV-Gemeinde.

Unter folgenden drei Punkten lassen sich die allgemeinen Bedingungen, die zur Politisierung der Tabakarbeiter und zur Unterstützung des ADAVs durch diese geführt haben, zusammenfassen. Erstens war dieser Gewerbezweig frei von den Einschränkungen des Zunftwesens entstanden. Aus ersten Anfängen heraus entwickelte er sich stärker erst seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Es wurde sofort in größeren Manufakturen produziert. Daraus folgt, daß die Tabakarbeiter, anders als die Handwerksgesellen, den sozialen Unterschied zwischen Manufakturisten als Arbeitgeber und sich als Lohnarbeiter früh begriffen. Die Zigarrenmacher konnten deshalb auch schneller als andere Berufsgruppen ein Bewußtsein als Lohnarbeiter entwickeln. Als zweiter wesentlicher Punkt für die starke politische Aktivität der Zigarrenmacher sind ihre schlechten Arbeitsbedingungen zu nennen. Die Verlagerung der Produktion von Manufakturen in die Wohnungen der Zigarrenmacher führte zu einer typischen heimindustriellen Vermischung von Arbeit und Wohnen.[87] Da die Heimarbeit ein Verlagssystem war, konnte mit Hilfe der willkürlichen Festlegung des Lohnsatzes durch den Verleger die Arbeitszeit extensiv ausgedehnt werden. Arbeitszeiten von weit über 12 Stunden am Tag waren die Regel. Otto Reimer bezeichnete die Zigarrenmacher deshalb *„gradezu als Selbstmörder"*, weil sie aufgrund der schlechten Wohnverhältnisse und der überlangen Arbeitszeit ihre Gesundheit ruinieren würden.[88] Als drittes und vielleicht wichtigstes Element, das die Politisierung vorantrieb, ist die Institution des Vorlesers in den Werkstätten der Zigarrenmacher aufzuführen. Aus anfänglichen Unterhaltungen über politische Themen entwickelte sich *„das zur Institution gewordene Vorlesen von überwiegend sozialistischer Literatur mit anschließenden Diskussionen."*[89]

Diese kollektive Arbeiterbildung trug dazu bei, daß sich bei den Zigarrenarbeitern Klassenbewußtsein entwickelte und sie sich gewerkschaftlichen Organisationen anschlossen oder in den ADAV eintraten.

Den Zusammenhang von Kommunikation, Organisation und Bildung hebt Molkenbuhr am Beispiel der Nöltingschen Zigarrenfabrik in Ottensen hervor, in der er nach 1873 beschäftigt war. In dieser Fabrik arbeiteten ca 40 Personen, darunter die bekannten ADAV-Mitglieder Walther, Heyer, Weigel und Hartung.

„Sowie eine Frage aufgeworfen wurde, die allgemeine Beachtung verdiente, dann übernahm Hartung den Vorsitz. Allgemeine Ruhe war dann geboten und nun mußten alle, die etwas sagen wollten, [sich] zum Worte melden. So wurde regelrecht diskutiert bis die Debatte zum Abschluß kam. Es war die Fabrik eine Sozialistenschule, wie es wohl wenige gegeben hat."[90]

Politische und gewerkschaftliche Aktivitäten besaßen bei den Zigarrenmachern eine lange Tradition. Organisiert hatten

[86] Vgl.: Gemeindebericht, Bd. I, S. 380.
[87] E. Jaffé, Hausindustrie und Fabrikarbeit in der Deutschen Zigarrenfabrikation, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 86, 1899, S. 314.
[88] F. Klüss, Die älteste deutsche Gewerkschaft. Die Organisation der Tabak- und Zigarrenarbeiter bis zum Erlasse des Sozialistengesetzes, Karlsruhe 1905, S. 39f.
[89] Rüdel, a.a.O., S. 197.
[90] Molkenbuhr, H III, S. 197.

sie sich als eine der ersten Berufsgruppen während der 1848er Revolution in einer eigenen Gewerkschaft, der „Assoziation der Tabakarbeiter". Diesem Verband gehörte auch der damalige Altonaer Zigarrenarbeiterverein an.[91] In der Reaktionsphase der 50er Jahre wurde die Gewerkschaft aufgelöst. Eine Neugründung erfolgte 1865 in Leipzig als „Allgemeiner Deutscher Zigarrenarbeiterverband", dessen Präsident der im ADAV tätige Friedrich-Wilhelm Fritzsche wurde. Seine Agitationsreisen nach Altona führten dazu, daß der Verband hier 1868 insgesamt 1044 Mitglieder hatte. Dies waren mehr als 10 % der Gesamtmitgliedschaft.[92]

Aufgrund der vom ADAV-Präsidenten Schweitzer 1869 vorgenommenen Gründung eines einheitlichen Arbeiterunterstützungsverbandes, dem sich alle anderen Gewerkschaften anschließen und unterordnen sollten, kam es zu einem heftigen Zerwürfnis in der Zigarrenarbeiterbewegung. Der „Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverband" unter Fritzsche wollte am Prinzip der Einzelgewerkschaft festhalten. Dies führte in Altona zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Anhängern Schweitzers. Über eine Zigarrenarbeiterversammlung im Juli 1869 wird im „Social-Demokraten" berichtet:
„Die im Saale und auf der Straße anwesenden Lassalleaner nahmen eine so drohende Haltung ein, daß es erforderlich war, Herrn Fritzsche durch 200 Arbeiter nach Hause zu geleiten. Im Versammlungslokale mußten die tätlichen Angriffe durch die Lassalleaner mehrmals mit Gewalt niedergehalten werden. Dem Lokalinhaber wurden die Fenster eingeworfen."[93]

Die Haltung der orthodox lassalleanischen Mitglieder der organisierten Zigarrenarbeiter führte zu heftigen Fraktionskämpfen innerhalb des Verbandes.

Die lassalleanische Minderheit spaltete sich unter Führung des Altonaer ADAV-Bevollmächtigten G. Winter ab und gründete die „Allgemeine Tabak- und Zigarrenarbeiter-Gewerkschaft" (ATZG). Winter wurde Präsident dieser zweiten Zigarrenarbeitergewerkschaft. Das Präsidium dieser Gewerkschaft trat dem Arbeiterunterstützungsverband bei und legte fest, daß es sich an der Lassalleschen Lehre orientieren wolle.

Erst ab 1872 kam es wieder zu einer Annäherung der beiden Zigarrenarbeiterorganisationen. 1874 vereinigten sich beide Gruppen unter dem Namen „Deutscher Tabakarbeiterverein", den der ADZV schon seit 1872 führte.

Obwohl die Gewerkschaftspolitik des ADAV mit zur Spaltung der Tabakarbeiterbewegung beitrug, zählte diese Berufsgruppe in Altona und Ottensen doch weiterhin zu den treuesten Anhängern des ADAV. Die Unterstützung, die der Verein von ihnen erfuhr, ist m. E. auf folgende Gründe zurückzuführen: Da die Tabakindustrie wegen der zollrechtlichen Bestimmungen und auch der Besteuerung des Tabakkonsums ein Vehikel staatlicher Wirtschaftspolitik war, fiel die Wahlrechtsagitation des ADAV bei den Tabakarbeitern auf fruchtbaren Boden. Denn diese ihre Lebensumstände bestimmenden Regelungen konnten nur über einen parlamentarischen Weg verändert werden. Gleiches gilt für die Forderung nach Regelung

[91] H. Pelger, Zur demokratischen und sozialen Bewegung in Norddeutschland im Anschluß an die Revolution von 1848, in: AfS 8 (1968), S. 184.
[92] Laufenberg, S. 273ff.
[93] Laufenberg, S. 402.

der Arbeitsverhältnisse in der Hausindustrie durch den Staat. Produktivassoziationen hatten die Tabakarbeiter schon vor 1863 verwirklicht. Die programmatische Forderung des ADAV war bei ihnen also bereits fester Bestandteil des politischen Bewußtseins. Auch die Theorie des „Ehernen Lohngesetzes" entsprach der Bewußtseinslage dieser Berufsgruppe. Wegen der lohnsenkenden Funktion, die die Ausweitung des heimindustriellen Sektors in diesem Wirtschaftszweig hatte, wurde die soziale Lage der Tabakarbeiter in den sechziger und siebziger Jahren immer schlechter. Das Sinken ihres Einkommens konnten auch, wie im „Ehernen Lohngesetz" ausgesagt, genossenschaftliche Experimente und gewerkschaftliche Aktivitäten nicht verhindern. Damit schien sich im Verständnis der Tabakarbeiter die Lassallesche ökonomische Theorie zu bestätigen. Bei den Heimarbeitern kommt hinzu, daß hier das Schlagwort vom „vollen Arbeitsertrag" infolge des Lohndruckes durch die Verleger eine gewisse Berechtigung hatte. Nur eine politische Reaktion auf ihre „soziale Frage" bot somit eine Lösungsmöglichkeit. Ihre starke Repräsentanz im ADAV und auch in der Altonaer Gemeinde ist also eine Folge der Übereinstimmung von lassalleanischer Ideologie und den eigenen Erfahrungen der Tabakarbeiter.

8. Die ADAV-Gemeinde in den siebziger Jahren: Verfolgung und Wahlkämpfe

Die siebziger Jahre sind der Höhepunkt in der Geschichte der Altonaer ADAV-Gemeinde. Nachdem die fraktionellen Streitigkeiten mit dem Auszug der Opposition vorerst beendet waren, begannen die Mitglieder mit gezielter politischer Agitation. Eine nachhaltige Wirkung auf die Politik des Vereins in Altona und Ottensen ging von der Generalversammlung 1868 in Hamburg aus. Diskussionsmittelpunkt war die Frage, ob Streiks zu unterstützen seien oder dem Vereinsinteresse schaden würden. Der Präsident Schweitzer setzte sich mit einem von Fritzsche eingebrachten Antrag nach heftigen Auseinandersetzungen durch. In dieser verabschiedeten Resolution heißt es:

„Die Streiks sind kein Mittel, die Grundlagen der heutigen Produktion zu ändern und somit die Lage der Arbeiterklasse durchgreifend zu verbessern; allein sie sind ein Mittel, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu fördern, die Polizeibevormundung zu durchbrechen und unter Voraussetzung richtiger Organisation einzelne sociale Mißstände drückender Art, wie zum Beispiel übermäßig lange Arbeitszeit, Kinderarbeit und dergleichen aus der heutigen Gesellschaft zu entfernen."[94]

Ein zweiter Teil des Fritzscheschen Antrages, in dem der Präsident beauftragt werden sollte, einen allgemeinen Arbeiterkongreß zur Gründung von Gewerkschaften einzuberufen, wurde aber von den Delegierten knapp abgelehnt. Schweitzer drohte daraufhin, das Amt als Präsident niederzulegen. Nach erneuter Debatte wurde der Kongreß schließlich befürwortet. Schweitzer und Fritzsche beriefen ihn nun in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete des Norddeutschen Reichstages für Ende September nach Berlin ein. Über 100 000 Arbeiter ließen sich von Delegierten auf dem Berliner Arbeiterkongreß vom 26. bis

[94] SD Nr. 10 vom 9. 9. 1868.

28. September 1868 vertreten. Altona war mit sechs Vertretern dort anwesend, die zusammen 2885 Arbeiter der verschiedenen Berufe repräsentierten. Aus Ottensen war Heerhold von 196 Arbeitern nach Berlin entsandt worden.[95] In Berlin wurde die Gründung von verschiedenen Berufsgewerkschaften beschlossen. Sie waren als Einzelgewerkschaften im „Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverband" zusammengeschlossen, dessen Präsident Schweitzer wurde.

Die Gründung der Gewerkschaften trug dazu bei, daß sich die Altonaer ADAV-Gemeinde unter dem inzwischen ernannten neuen Bevollmächtigten, dem Haartuchweber von Daacke, in ihrer Mitgliederzahl wieder vergrößerte. 1869 zählte sie 89 Personen.[96] In Ottensen hielten die Arbeiter, um ihren Zusammenhalt zu demonstrieren, nach dem Vorbild des Hamburger Verbrüderungsfestes von 1865 ein Fest für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ab. Die kurz zuvor gegründete ADAV-Gemeinde hatte mit Heerhold einen Bevollmächtigten bekommen.

An dem Aufschwung der Arbeiterbewegung in Altona und Ottensen im Jahre 1869 konnte auch der „Staatsstreich" Schweitzers und die danach erfolgte Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach nichts ändern.

Auf der Generalversammlung des Jahres 1869 war versucht worden, den Verein gegen den Willen Schweitzers zu demokratisieren. Der Vorstand war an einem Ort, in Hamburg, zentralisiert worden und konnte den Präsidenten, Sekretär und Kassierer bei politischer Unredlichkeit entlassen. Die Diktatur Schweitzers hatte damit einen schweren Schlag erlitten. Um seine uneingeschränkte Herrschaft im Verein wiederherzustellen, betrieb Schweitzer die Vereinigung von ADAV und dem oppositionellen „Lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" (LADAV).

Die Gemeinden in Altona und Ottensen unterstützten mehrheitlich die Politik Schweitzers. Die von ihm geforderte Bestätigung im Amt des Präsidenten durch die Mitglieder fiel hier fast einstimmig aus. Im Verein bildete sich allerdings aufgrund des Schweitzerschen „Staatsstreichs" eine starke Oppositionsgruppe, die die Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" in Eisenach unterstützte. In Altona schlossen sich ihr der Bevollmächtigte v. Daacke und auch Bruhn an. Der Eisenacher Kongreß, auf dem sich die neue Partei konstituieren sollte, fand vom 7. bis 9. August 1869 statt. Altona war mit Bennecke, Dieterle und York dort vertreten, die von insgesamt 323 Arbeitern ihr Mandat erhalten hatten. Ottensener Delegierter war der Zigarrenmacher H. Methe mit nur acht Auftraggebern. Zu den Hamburger Delegierten in Eisenach gehörte A. Geib, der in Altona auf einer Volksversammlung einen Kongreßbericht abgab. Er konnte seine Rede nicht beenden.

„Denn kaum hatte er die Gründung der neuen Partei erwähnt, da begann [ein] Höllenlärm. Schuft, Verräter, gekauftes Subjekt und ähnliche Ausdrücke wurden mit Lärmstimmen gerufen, bis die Versammlung aufgelöst wurde."[97]

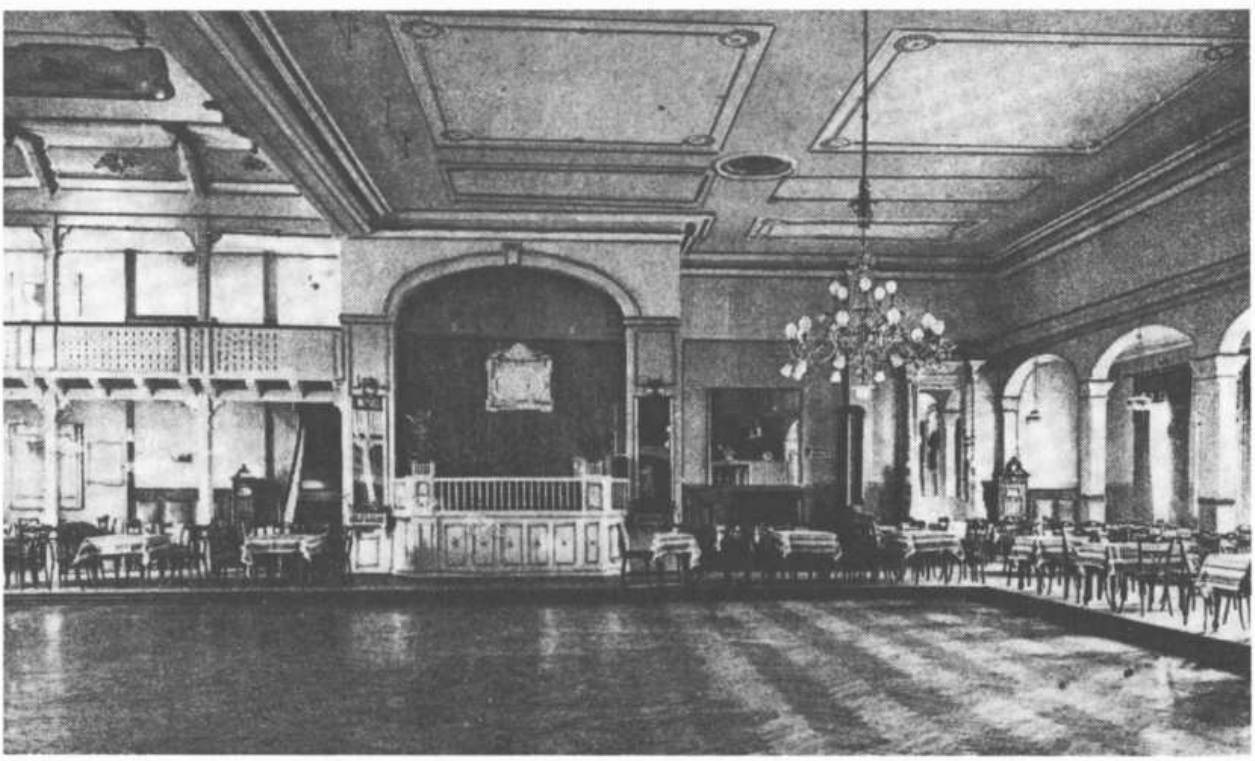
[95] Laufenberg, S. 369.
[96] Laufenberg, S. 365.
[97] Molkenbuhr, H II, S. 143f.

York, Geib und Praast, die die Gründung der SDAP unterstützt hatten, konnten nur unter dem Schutz ihrer wenigen Anhänger den Saal verlassen. Da die drei zu den wichtigsten Agitatoren des ADAV gehört hatten, war der Verein in Altona nun eine kurze Zeit ohne bekannte Redner. Hier traten bald O. Reimer und G. Winter an ihre Stelle. An Mitgliedern folgten York und Geib nur einige Dutzend zu den Eisenachern. Einen eigenen sozialdemokratischen Verein gründete die SDAP im September 1869. Unter dem Bevollmächtigten Sell schlossen sich 31 Anhänger der Eisenacher zusammen. Eine große Bedeutung erlangte die SDAP in Altona und Ottensen aber nicht.

Die nach 1869 in Schleswig-Holstein einsetzende Agitation des ADAV wurde von dem Ottensener G. Winter, der inzwischen Bevollmächtigter in Altona geworden war, getragen. Ein von ihm mitorganisierter Arbeitertag in Kiel, der vom 14. bis 16. Mai 1871 stattfand, trug dazu bei, den ADAV in diesem Gebiet zu festigen. Winters Agitation, besonders im westlichen Holstein, wurde von den Behörden behindert, indem Versammlungen aufgelöst wurden. Die nun einsetzende Verfolgungswelle erreichte eine Geschlossenheit, die erst wieder mit den Sozialistengesetzen des Jahres 1878 auftrat.[98] Die gesetzlich zweifelhafte Verbotstaktik führte zu einem regelrechten Kleinkrieg zwischen Arbeiterbewegung und Verwaltung. Da öffentliche Versammlungen mit Hilfe des Vereinsgesetzes kaum untersagt werden konnten, berief sie der ADAV weiter ein. In Altona fanden sie Anfang 1870 alle vierzehn Tage statt.

Besucht wurden sie immer von 2000–3000 Personen. Auch die Arbeiterfrauen hatten sich zu einem eigenen Komitee zusammengeschlossen, um politisch zu arbeiten. Sie trafen sich einmal wöchentlich in Wittmaack's Salon. Aus diesem ersten

[98] Vgl. H. Rüdel, Landarbeiter und Sozialdemokratie in Ostholstein 1872 bis 1878. Erfolg und Niederlage der sozialistischen Arbeiterbewegung in einem großagrarischen Wahlkreis zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz. Neumünster 1986, S. 159ff.



Tanzlokal „Carlsruhe". In diesem großen Ottenser Tanzlokal fanden in den 1870er Jahren viele Agitationsveranstaltungen der Arbeiterbewegung statt. Innenaufnahme von 1912. (Foto: Altonaer Museum)

Zusammenschluß ging 1877 der „Frauen- und Mädchenverein für Altona, Ottensen und Umgebung" hervor, der als einer der ersten Arbeiterfrauenvereine gilt.[99]

Der Ausbruch des Krieges 1870/71 führte zu einem Versammlungsverbot für politische Vereine und zur weiteren Verfolgung aktiver Arbeiter in Norddeutschland. Die Stellung der Lassalleaner zum Deutsch-Französischen Krieg war zumindest bis Sedan national, weil sie die Auseinandersetzung als einen Verteidigungskrieg Deutschlands ansahen.

In Altona forderte eine Volksversammlung am 7. September 1870 nach dem Sturz Napoleons Frieden. Daraufhin wurden auch öffentliche Volksversammlungen untersagt. Erst zur Vorbereitung der Landtagswahl wurde das Verbot aufgehoben. Im November versammelten sich daraufhin, aufgerufen von der ADAV-Gemeinde, 1200 Personen, um gegen das undemokratische preußische Dreiklassenwahlrecht zu demonstrieren. Die Versammlung sprach sich für eine Stimmenthaltung der Arbeiter aus.

Auf einer weiteren Volksversammlung im Februar 1871 nominierten die 4000 anwesenden Altonaer Arbeiter den Hamburger Schneider C. Bräuer als ihren Kandidaten für die Reichstagswahl im März. In Ottensen, dem 6. Wahlkreis, wurde G. Winter als ADAV-Kandidat aufgestellt. Er bewarb sich ebenfalls um das Mandat im west-holsteinischen 5. Wahlkreis. Für diese Wahl zum ersten Reichstag erarbeitete der ADAV erstmals ein spezielles Wahlprogramm, das folgende Punkte umfaßte:

1. Errichtung eines freien Volksstaates
2. Abschaffung der indirekten Steuern
3. Einführung einer Einkommenssteuer
4. Verantwortlichkeit aller Staatsbeamten
5. Entscheidung des Parlaments über Krieg und Frieden
6. Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht bei den Landtagswahlen
7. freies Versammlungsrecht, Presse- und Redefreiheit
8. Beseitigung der Polizeiwillkür
9. allgemeine und unentgeltliche Volksschule
10. Abschaffung des Militärstaates

Von seiten des Altonaer Bürgertums wurden zwei Kandidaten für die Reichstagswahl benannt. Der Abgeordnete des Norddeutschen Reichstages, Schleiden, ließ sich von einem aus liberalen Vereinen und Einzelpersonen bestehenden Wahl-Komitee aufstellen. Eine andere Gruppierung des Altonaer Bürgertums unterstützte den Kaufmann v. Pustau. Von ihm wurde eine stärkere Förderung der städtischen Wirtschaft erwartet. Mit seinem Wahlprogramm konnte der ADAV in Altona und Ottensen gegenüber 1867 erhebliche Gewinne erzielen. Winter erhielt im 6. Wahlkreis 1815 von 8708 abgegebenen Stimmen.[100] In Altona gelang Bräuer ein großer Erfolg. Für ihn wurden 3875 Stimmen gegenüber 3872 für Schleiden und 819 für v. Pustau abgegeben.[101] Damit war eine Stichwahl zwischen Bräuer und Schleiden notwendig geworden, weil kein Kandidat eine absolute Majorität bekommen hatte. Bis die Stimmen

[99] Fricke, Handbuch, S. 299ff.
[100] Regling, S. 276.
[101] Gemeindebericht, Bd. I, S. 408f.

aus den ländlichen Gebieten des 8. Wahlkreises nach Altona gemeldet waren, lag Bräuer sogar noch weiter in Führung. In der Stadt erhielt Bräuer 57,5 % aller Stimmen. Die Niederlage Schleidens im ersten Wahlgang wurde von seinen Anhängern mit dem allgemeinen Wahlrecht erklärt. Außerdem wurde auch der Presse ein Teil der Schuld zugewiesen. Dagegen wandten sich die „Altonaer Nachrichten":
„Die Social-Demokraten, das muß man ihnen lassen, wirken wahrlich nicht im Dunkeln, wer also Augen hatte, konnte auch sehen, und da es ersteren in der Regel auch an Stimmenmaterial nicht fehlt, werden sie sich wohl auch weiterhin vernehmbar genug gemacht haben."[102]

Die wenigen Eisenacher unterstützten bei der Stichwahl Bräuer. Die hohe Wahlbeteiligung am 17. März, sie stieg von 34,9 % auf 54,8 %, wirkte sich zugunsten Schleidens aus. Er erhielt 8406 und Bräuer 6062 Stimmen. Damit war Bräuer unterlegen. Schleswig-Holstein wurde durch die Wahl vom 3. März 1871, in der die Lassalleaner dort insgesamt 11 182 Stimmen erhielten, zum Hauptrekrutierungsfeld für den ADAV. Der Sieg eines Kandidaten der ADAV gelang jedoch weder dort noch in einem anderen Wahlkreis des Reiches. Deutlich war aber geworden, daß ein Mandat nur errungen werden konnte, wenn auch die Landbevölkerung sozialdemokratisch wählte. Auch die Regierung in Schleswig schrieb die knappe Niederlage der Lassalleaner in Altona nur der antisozialdemokratischen Haltung der Landbevölkerung zu. Sie gab aber zugleich der Hoffnung Ausdruck, *„daß dem Treiben dieser Partei energisch entgegengetreten werden möge."*[103]

Nach dem in ganz Schleswig-Holstein unerwartet guten Abschneiden der ADAV-Kandidaten setzte eine erneute Verfolgung der Arbeiterpartei ein. Die Unterdrückung des ADAV in diesem Gebiet war auch Thema der Generalversammlung 1871 in Berlin. Dort wurden organisatorische Lösungsmöglichkeiten diskutiert, mit denen das Vereinsgesetz zu umgehen war. Vorgeschlagen wurden ein zentraler Wahlverein, örtliche Leseclubs oder die Ausgabe von unverfänglichen Mitgliedskarten bei Entrichtung des Beitrages. Wegen der unklaren Rechtslage wurde jedoch keine genaue einheitliche Regelung beschlossen. Als wichtigstes Ereignis dieser Versammlung ist der Rücktritt des bisherigen ADAV-Präsidenten Schweitzer zu nennen, der mit seiner diktatorischen Organisationspolitik gescheitert war. Zum neuen Präsidenten wurde Wilhelm Hasenclever gewählt. In Altona behielt Schweitzer aber trotz seines Rücktritts einige Anhänger.

Nach 1871 nahm die Zahl der ADAV-Anhänger in Altona sprunghaft zu. Die Gemeinde wurde nach Berlin und Hamburg zur bedeutendsten Gruppe im Verein. Dieses Ansteigen des politischen Interesses bei den Handwerkern und Arbeitern in der Stadt erklärt sich aus dem Zusammenhang von Parteiideologie und der handwerklichen Sozialstruktur dieses Gebietes. Insbesondere die Rezeption der Lassalleschen Theorien durch die Tabakarbeiter, der zahlenmäßig größten Berufsgruppe in Altona/Ottensen, brachte dem ADAV neue Anhänger.

[102] AN vom 12. 3. 1871.
[103] LAS 309.6922, Verwaltungsbericht vom 8. 4. 1871.

8.1. Auf dem Weg zur politischen Bedeutung

In Ottensen zeichnete sich die neue Stärke des Vereins in einem seltenen kommunalpolitischen Erfolg ab. Von 1872 an gelang es, die vom ADAV aufgestellte Liste zur Wahl der Schätzbürger bestätigt zu bekommen. Die Schätzbürger waren für die Veranlagung der Einwohner zu den kommunalen Steuern zuständig. Ihre Wahl erfolgte durch ein beschränktes Wahlrecht, das noch aus der dänischen Gemeindeordnung stammte. Von den ca. 10000 Einwohnern waren nur 361 Wähler zugelassen, die die Zigarrenarbeiter Winter, Lütjens und Flebbe und den Tischlermeister Kühl wählten.[104] Mit dem Hinweis auf den Ottensener Erfolg forderte der ADAV auch für die Gemeinden das allgemeine und gleiche Wahlrecht, das mit dem großen Interesse der Arbeiter an kommunalen Angelegenheiten begründet wurde. Die Beteiligung der ADAV-Mitglieder an der Gemeindeverwaltung in Ottensen führte in Altona zu einer drastischen Anhebung des Zensus für das Bürgerrecht. Es wurde 1873 von 600 Mark Jahreseinkommen auf 1200 Mark jährliche Einkünfte erhöht. Diese Regelung übernahm auch die Gemeinde Ottensen.

Im Januar 1872 entschloß sich der neue Präsident des ADAV, Hasenclever, wegen der andauernden Unterdrückung des Vereins in Schleswig-Holstein, selbst eine Agitationsreise in dieses Gebiet zu unternehmen. Damit wollte er öffentlich gegen die Polizeiwillkür demonstrieren. Am 20. Januar wurde Hasenclever am Altonaer Bahnhof von über 10000 Menschen stürmisch begrüßt. In einem offenen Wagen fuhr er im Triumphzug durch die Stadt zum Versammlungslokal „Wittmaack's Salon". Er sprach dort vor ca. 4500 Zuhörer über die Verfolgung der Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein. Die Versammlung verabschiedete eine Resolution, in der sie gegen die polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen protestierte und erklärte:

„daß sie mit unverbrüchlicher Treue zur Fahne Ferdinand Lassalle's sowie zu dem von ihm gegründeten Allg. deutsch. Arb.-Verein und dessen Organisation halten wird."[105]

Da das Versammlungslokal die andrängenden Menschen nicht alle fassen konnte, wurde sofort eine zweite Volksversammlung mit Hasenclever in „Koppelmann's Salon" abgehalten, die von 3000 Personen aufgesucht wurde. Wegen des Umzuges wurden Hasenclever und Winter, der ihn dabei begleitet hatte, verhaftet und einen Tag lang im Gefängnis festgehalten. Ironisch kommentierte der „Neue Social-Demokrat" das Vorgehen der Polizei:

„Jetzt kann jeder Familienvater, welcher von der Reise kommt und von seinen Angehörigen auf dem Bahnhof empfangen wird, ‚wegen ungesetzlicher Abhaltung einer Volksversammlung unter freiem Himmel' ins Gefängnis gesteckt werden."[106]

Die stürmische Begrüßung des Vereinspräsidenten wiederholte sich sowohl in Ottensen als auch in anderen schleswig-holsteinischen Städten.

In einer späteren Verhandlung wurde Winter zu einer Haftstrafe von acht Tagen und Hasenclever wegen des nicht genehmigten Umzugs zu 20 Talern Geldstrafe verurteilt. Die Gegner

[104] NSD Nr. 9 vom 21. 1. 1872.
[105] NSD Nr. 15 vom 4. 2. 1872.
[106] NSD Nr. 10 vom 24. 1. 1872.

Wilhelm Hasenclever (1837–1889) von Beruf Lohgerber. ADAV-Präsident und erster sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter Altonas von 1874 bis 1876. Redakteur des „Hamburg-Altonaer-Volksblattes". (Foto Altonaer Museum)

der Lassalleaner bei den Eisenachern nannten den Umzug eine *„Schimmelagitation"* und sprachen von einem *„Ulk"* des *„Gekken"* Hasenclever.

Im Verlauf des Sommers streikten in Altona fast alle Handwerkergruppen, Teile der Industriearbeiter und die Hafenarbeiter. Diese erfolgreich geführten Auseinandersetzungen um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten führten zu einer Stärkung der lassalleanisch geführten Einzelgewerkschaften. Die Lohnbewegung griff von Hamburg und Altona auch auf das übrige Schleswig-Holstein über, wurde aber von dortigen Behörden als ungefährlich eingestuft. Der von Schweitzer 1870 gegründete „Allgemeine Deutsche Unterstützungsverband" stagnierte dagegen bei ca. 1000 Mitgliedern in Altona. Erst der Eintritt von 2250 Zigarrenarbeitern brachte auch dieser Zentralgewerkschaft neue Mitglieder.[107] Für die Streikbewegungen blieben aber die Fachvereine einzelner Berufsgruppen wichtiger.

Die seit 1870 in einem Arbeiterfrauenverein zusammengeschlossenen Frauen begannen 1872, regelmäßig die öffentlichen Volksversammlungen zu besuchen. Sie durften dabei von den überwachenden Polizeibeamten nicht gesehen werden. Die Schleswiger Regierung vertrat den Standpunkt, daß die Volksversammlungen, weil sie von bekannten Lassalleanern einberufen wurden, politische Veranstaltungen wären, zu denen Frauen keinen Zutritt hätten. Wenn Frauen trotzdem auf

[107] Laufenberg, S. 488.

den Volksversammlungen in Altona gesehen wurden, schickte der überwachende Beamte sie hinaus oder löste die Versammlung auf. Die Frage, ob Frauen auch an der Totenfeier für Lassalle am 31. August 1872 teilnehmen dürften, führte zu einer zweiten großen Demonstration der Altonaer Arbeiter in diesem Jahr. Die Polizei verbot die Teilnahme für den Fall, daß Festreden gehalten werden sollten. Das Festkomitee beschloß den Fortfall der Reden und als Ersatz den Vortrag von *„sozia-*

Anzeigen in der Zeitung „Neuer Social-Demokrat" aus dem Jahre 1873

Für Altona.

In der Versammlung der Mitglieder der Kranken- und Sterbekasse des Arb.-Unterst.-Verbandes am 26. August wurde Herr Dr. Hansen, wohnhaft Bürgerstr. 36 pt., als Arzt gewählt und wird am 1. September in Funktion treten.

Der Vorstand.

Für Altona.

Generalversammlung der Zimmerer

Freitag, den 29 August, Abends 8½ Uhr,

auf der Zimmerer-Herberge.

1) Tagesordn.: Der Ausschluß der Hamburger Zimmerer und das Vergehen der Hamburger und Altonaer Zimmermeister. — 2) Vorlage des Statutes der Unterstützungskasse. — 3) Verschiedenes.

NB. Die Hamburger Zimmerer sind eingeladen.

Der Bevollmächtigte.

Für Altona.

Allgem. deutscher Maurer- und Steinhauer-Verein.

Offizielle Mitgliederversammlung

Freitag, den 29. August, Abends 8½ Uhr,

auf der Maurer-Herberge.

Tages-Ordn: 1) Vortrag. — 2) Verschiedenes und Fragekasten.

Der Bevollmächtigte.

Für Ottensen.

Todtenfeier Ferdinand Lassalle's

Montag, den 1. September, Abends 8 Uhr,

in Carlsruhe.

Concert, deklamatorische Vorträge u. s. w.,

unter Mitwirkung der Liedertafel „Lassallia", der Former-Liedertafel und des Ottenser Gesangvereins.

Alle Einwohner Ottensens und der Umgegend sind zu dieser Feier hierdurch freundlichst eingeladen. Das Comité.

Für Ottensen.

Versammlung der Lassalleaner

Sonnabend, den 21. Juni,

in Carls-Ruhe.

Tagesordn.: Wahl des Präsidenten u. s. w.

NB. Ich ersuche alle Mitglieder des zu Berlin domizilirten Allg. deutsch. Arb.-Vereins, zahlreich am Platze zu sein.

Frd. Kühl.

Für Itzehoe.

Abonnements auf den „Neuen Social-Demokrat" und die „Social-politischen Blätter" nimmt entgegen

J. Alberts, Zimmermann.

NB. Die Abonnements, die zum 29. d. M. nicht abbestellt sind, werden ohne Weiteres wieder bestellt. D. O.

ler Dichtung". Mit dieser Entscheidung war die Abhaltung der Totenfeier gerettet. Winter versuchte jedoch, am 2. September die Auflösung einer anderen Versammlung zu provozieren, um danach demonstrativ die Sedanfeier des Altonaer Bürgertums zu stören. Der überwachende Beamte löste die Versammlung auch tatsächlich auf, weil Richter dort den Krieg in grausigsten Farben schilderte. Danach zogen die Teilnehmer, wie vorher verabredet, zur Sedanfeier am Gymnasium. Dort verhinderten sie die Veranstaltung mit Hochrufen auf die Pariser Kommune und dem Absingen der Arbeitermarseillaise. Mit der Störung der bürgerlichen Gedenkfeier brachten die Altonaer ADAV-Anhänger zum Ausdruck, daß sie nicht gewillt waren, sich die Inhalte ihrer Feste von der Polizei vorschreiben zu lassen.

Im Herbst 1872 begann die Altonaer ADAV-Gemeinde, die Landagitation zu verstärken. Die Schleswiger Regierung mußte Ende des Jahres feststellen, daß gerade in Ostholstein der Versuch, neue Anhänger zu gewinnen, erfolgreich war.[108] Aufgrund ihrer Tätigkeit wurden nun ADAV-Agitatoren häufiger von den Jusitzbehörden angeklagt. Allein im Herbst führten sie gegen Winter zwei Verfahren.

Dem auf der Berliner Generalversammlung im Mai 1872 beschlossenen Ausschluß Schweitzers aus dem ADAV folgte in Hamburg eine heftige Vereinsfehde. Obwohl Bräuer, der ja Reichstagskandidat der Altonaer Gemeinde gewesen war, die Opposition anführte, kam es in Altona zu keinen Unruhen unter den Vereinsmitgliedern. Die meisten Mitglieder waren der Ansicht, daß die von Bräuer öffentlich geführten Auseinandersetzungen in die Mitgliederversammlung gehörten. Winter vertrat die Ansicht, daß Schweitzer die schleswig-holsteinischen Gemeinden in ihrem Kampf gegen die Verbotspraxis sowieso nicht genügend unterstützt hätte. Über die Folgen der neuen Fehde für Bräuer berichtet Molkenbuhr:
„Damit hatte nun Bräuer den Boden in Altona verloren, und es wurde beschlossen, daß ein Mann, der sich so wenig um Parteidisziplin kümmert, nicht mehr Reichstagskandidat sein könne."[109]

In einem Debattenbeitrag auf der Generalversammlung 1873 stellt auch Winter einen Zusammenhang zwischen der andauernden Opposition Bräuers und der geplanten Kandidatur Hasenclevers in Altona her.

8.2. Wählt Wilhelm Hasenclever! – Reichstagswahlen 1874

Nach 1872 wurde der Zulauf zu den sonnabendlichen Volksversammlungen des ADAV so groß, daß das Versammlungslokal gewechselt werden mußte. Anstelle von „Wittmaack's Salon" wurde nun der „Englische Garten", Altonas größter Saal, benutzt, der über 5000 Personen Platz bot. Bei den öffentlichen Versammlungen wurde diese Zahl auch meist erreicht.

Im Amt des Bevollmächtigten für Altona hatte inzwischen ein Wechsel stattgefunden. Anstelle von Winter, der ADAV-Vizepräsident geworden war, trat Ende 1872 Otto Reimer. Er war kurz zuvor von Hamburg nach Altona übergesiedelt. Er erhielt für seine Tätigkeit ein Gehalt von monatlich 35 Talern

[108] Zur Arbeiterbewegung in Ostholstein siehe H. Rüdel, Landarbeiter, S. 127ff.
[109] Molkenbuhr, H II, S. 175.

Otto Reimer (1841–1892) Zigarrenarbeiter aus Altona und Mitglied des ADAV-Vorstandes. Langjähriger Bevollmächtigter in der Stadt. Er förderte insbesondere die Zigarrenarbeiterbewegung. 1874 wurde er zum Reichstagsabgeordneten des 9. Wahlkreises gewählt. Während des Sozialistengesetzes lebte er in der Emigration in den Vereinigten Staaten. (Foto: FES)

aus der Altonaer Parteikasse. Schon im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen begann die ADAV-Gemeinde, die Landagitation zu verstärken. Nicht nur im Gebiet des 8. Wahlkreises versuchte man, unter der Landbevölkerung Anhänger zu gewinnen, sondern insbesondere auch im ostholsteinischen 9. Wahlkreis, den Winter im Dezember 1872 erstmals bereist hatte.

Altona/Ottensen entwickelte sich nun endgültig zum Zentrum der Partei in Schleswig-Holstein. Otto Reimer leitete von hier aus die Agitation in diesem Gebiet. Zu Beginn des eigentlichen Wahlkampfes wurde er besoldeter Agitator. Gleichzeitig kandidierte er im ostholsteinischen 9. Wahlkreis für den Reichstag. Aufgrund seiner eigenen Agitationserfahrungen dort meinte Winter, *„daß der Kreis besser sei als irgend ein anderer unter den ersten."*[110] Er selbst wurde wieder für seine alten Wahlkreise, den 5. und 6., aufgestellt. Der Wahlkampf für die Reichstagswahl 1874 begann schon im Sommer 1873. Auf der Generalversammlung des ADAV im Mai war Altona zu den aussichtsreichsten Wahlkreisen gezählt worden. Auf Antrag der Altonaer Gemeinde beschlossen die Delegierten, daß die Agitation hauptsächlich auf diese Wahlkreise auszurichten sei.

Schon im Sommer betrieb ein Wahlkomitee die erneute Kandidatur Schleidens, der auf einer Versammlung am 1. Juli einen Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit ablegen sollte. Die Mehrzahl der anwesenden Zuhörer waren jedoch Arbeiter. Sie

[110] Molkenbuhr, H III, S. 200.

erzwangen die Wahl eines Tagungspräsidiums, dessen Vorsitz Reimer übernahm. Nach einem Protest der Veranstalter erklärte der überwachende Polizeibeamte die Versammlung für aufgelöst.[111]

In einer Flugschrift gegen Schleiden, die von der ADAV-Gemeinde verfaßt wurde, heißt es zu dessen Tätigkeit im Reichstag:

„Wie hätte auch jener sogenannte Volksvertreter seine gesamte Reichstagstätigkeit vor der Öffentlichkeit vertreten wollen? Sein Wirken war Erhöhung der das Volk so sehr bedrückenden indirekten Steuern, wie zum Beispiel der Steuern auf Schweinefleisch und Kaffee. Seine Tätigkeit für Freigabe des Wuchers und Beibehaltung der Todesstrafe! Sein Streben für Beschränkungen des Rechts der Seeleute, Beschränkung der Koalitionsfreiheit läßt sich nur zu leicht erklären, ebenso seine Bemühungen für Ausdehnung der Konsulatseinrichtungen zugunsten des Großkapitals wie zu dem selben Zwecke Vergrößerung der Marine und Vermehrung der Torpedos. Aber sein Schweigen, wo es galt, die Interessen des gesamten Arbeiterstandes, der kleinen Handwerker und Landleute zu vertreten, da war das Schweigen Gold!"[112]

Als von den kommunalen Bürgervereinen in Altona im Herbst die Reichstagskandidatur des Schleswiger Regierungspräsidenten Bitter betrieben wurde, erschienen auf der Versammlung über 350 Lassalleaner. Dies war bei weitem die Mehrheit der Anwesenden. Der Vorsitzende des „Neuen Bürgervereins" dankte den Erschienenen für ihr bewiesenes Interesse und schloß die Versammlung. Bitter wurde nicht aufgestellt und so blieb Schleiden der einzige bürgerliche Kandidat in Altona.

Da Reimer meist im 9. Wahlkreis agitierte, übernahm in Altona H. Rackow die weitere Leitung des Wahlkampfes. Besonders die wahlentscheidenden ländlichen Gebiete Stormarns wurden von ihm ständig bereist. Er forderte alle Anhänger auf, ihm sämtliche Informationen über die örtlichen Verhältnisse zukommen zu lassen, damit die Agitation erleichtert würde. Im August wurde in Ottensen für den dortigen 6. Wahlkreis ein eigenes Wahlkomitee gegründet, das unter der Leitung von Heerhold stand. Diese Wahlkampfleitung war für den Einsatz der Redner zuständig. In dieses Komitee wurde auch Molkenbuhr gewählt, der danach als Agitator im 6. und 5. Wahlkreis wirkte.

Erst Ende November wurde Hasenclever auf einer Volksversammlung als Kandidat der Arbeiterpartei für den 8. Wahlkreis benannt. Von den Eisenachern wurde in diesem Wahlkreis August Bebel als Gegenkandidat aufgestellt. Seine Kandidatur führte zu einer Polemik zwischen den Parteiblättern. Im „Neuen Social-Demokraten" wurde ihm vorgeworfen, mit den wenigen Stimmen, die er erhalten werde, den eventuellen Sieg der Bourgeoisie zu ermöglichen.[113]

Der gesamte Wahlkampf in Altona, Schleswig-Holstein und Hamburg war von gerichtlichen Verfolgungen der Agitatoren begleitet. Wegen angeblicher Verunglimpfungen von Staats-

[111] AN vom 3. 7. 1873.
[112] Laufenberg, S. 534f.
[113] NSD Nr. 138 vom 28. 11. 1873.

einrichtungen, in der Form von kritischen Äußerungen über das preußische Dreiklassenwahlrecht während der Landtagswahl 1873, wurde Winter im März 1874 vom Appellationsgericht in Kiel zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Auch Reimer war schon zu Beginn des Wahlkampfes in Altona gemaßregelt worden. Er hatte behauptet, daß der überwachende Beamte während der Versammlung eingeschlafen sei und deshalb später seine Träume zu Protokoll gegeben habe. Wegen Beamtenbeleidigung wurde er vom Amtsgericht zu 20 Talern Geldstrafe verurteilt.

Im „Neuen Social-Demokraten" wurde ein Wahlaufruf veröffentlicht, in dem die programmatischen Grundsätze des ADAV für die Wahl dargestellt wurden. Das Programm enthielt erneut die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht. Ebenso wurden wiederum die Pressefreiheit und ein freies Vereinsrecht und Versammlungsrecht gefordert. Die deutschen Bundesstaaten sollten abgeschafft werden und alle Staaten, einschließlich Deutsch-Österreich in Deutschland vollständig aufgehen. Einen wichtigen Bereich des Wahlprogramms bildeten auch die Punkte, die in einem angestrebten Arbeitsschutzgesetz verwirklicht werden sollten. Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit und die gesetzliche Festlegung eines Normalarbeitstages sind dabei besonders hervorzuheben. Die Errichtung von Produktivassoziationen mit Staatshilfe sollte auch 1874 erneut als Mittel zur Beseitigung von wirtschaftlichen Mißständen dienen.

Die Wahl vom 10. Januar 1874 zeigte, welche Stärke der ADAV in Altona inzwischen erreicht hatte. Hasenclever wurde für viele überraschend schon im ersten Wahlgang mit 11 658 Stimmen gegen Schleiden, der nur 8300 erhielt, zum Abgeordneten gewählt. Bebel erhielt im 8. Wahlkreis nur ganze 124 Stimmen. Als sensationell muß die Wahl von Reimer in Ostholstein gewertet werden. Hier hatte der ADAV mit gezielter Agitation die Stimmen der Landarbeiter und Insten erhalten. Auch im 6. Wahlkreis war das Ergebnis trotz Winters Niederlage für den ADAV günstig. Mit 6769 Stimmen unterlag er dem liberalen Kandidaten Beseler nur knapp. Das Altonaer Ergebnis kommentierten die Lassalleaner im „Neuen Social-Demokraten" knapp:
„Die Altonaer Parteigenossen haben somit ihre Schuldigkeit in hohem Maße getan."[114]

9. Verfolgung und Vereinigung

Die Erfolge des ADAV in Altona und Schleswig-Holstein waren trotz seiner politischen Verfolgung erzielt worden. Nach den Stimmengewinnen nahmen die Schikanen durch die Polizeibehörden noch zu. Versammlungsverbote und die polizeiliche Auflösung von Veranstaltungen standen auf der Tagesordnung. Die stärker werdende Verfolgung der Arbeiterbewegung führte im Funktionärskader von Altona und Ottensen zu Veränderungen.

Da Winter aufgrund mehrerer anhängiger Verfahren eine Verurteilung zu längerer Haft befürchtete, emigrierte er mit

[114] NSD Nr. 5 vom 14. 1. 1874.

Unterstützung der Partei Ende des Sommers 1874 über England nach Amerika.[115] Auch der langjährige Ottensener Bevollmächtigte Heerhold zog sich wegen der behördlichen Verfolgungen im Laufe des Jahres 1874 zeitweilig aus der Politik zurück. Weitere Verschiebungen ergaben sich infolge der Übersiedlung von Otto Reimer nach Berlin, wo er sein Mandat wahrnahm. Der Altonaer Interimsbevollmächtigte Rackow wurde als Kassierer des ADAV Parteibeamter. An seine Stelle als Bevollmächtigter trat L. Drogand.

Die Unterdrückung des ADAV gipfelte in seinem Verbot, das für Preußen am 10. Juni 1874 in Berlin ausgesprochen wurde. Obwohl der Vereinssitz von Hasenclever danach nach Bremen verlegt wurde, zerstörte das Verbot die Organisationsgrundlage. Auch die ADAV-Gemeinden in Altona und Ottensen galten als geschlossen, weil sie direkte Mitglieder des zentralen Berliner Vereins waren. Infolge der Unterdrückung konnten sie keine geschlossenen Mitgliederversammlungen abhalten, auf denen die internen Vereinsprobleme diskutiert wurden. Diese Aufgabe übernahm in beiden Orten eine Permanenzkommission. In Ottensen bestand sie aus 15 Personen, die unter dem Vorsitz von Molkenbuhr tagten.

Volksversammlungen wurden weiter abgehalten, aber meist aus nichtigen Anlässen von dem überwachenden Polizeibeamten aufgelöst. Eine von 4000–5000 Personen besuchte Versammlung am 26. September löste die Polizei auf, weil Reimer zum Abonnement der „Lassalle'schen Westentaschen Zeitung" aufrief. Zuvor hatten die Anwesenden aber noch eine vom neuen ADAV-Vizepräsidenten Conrad Woode initiierte Resolution angenommen, in der gegen die Verfolgung des Vereins durch die Behörden protestiert wurde.

Aus der Vielzahl von Berichten über Versammlungsauflösungen soll hier nur eine Korrespondenz aus Ottensen erwähnt werden:

„Wie in vielen Orten, so sind auch hier die Auflösungen von Versammlungen Mode geworden. Am 11. September wurde eine Versammlung aufgelöst, als der Redner in den einleitenden Worten sagte, ‚Es muß im Interesse eines jeden Lassalleaners.' – Ein gleiches Schicksal erlebte die am 16. September in Burmeisters Salon tagende Wählerversammlung, welche ohne Angabe eines Grundes vom überwachenden Beamten Apel aufgelöst wurde. Das Schicksal der am 23. September tagenden Versammlung, in welcher Herr Reimer referierte, ist bereits veröffentlicht. In einer am 7. Oktober von ca. 400 Personen besuchten Versammlung sprach Herr Otto über die von Herrn Woode vorgeschlagene Resolution, welche, als dieselbe zur Abstimmung kam, einstimmig angenommen wurde. Hierauf kamen zwei Artikel des „Altonaer Merkur" zur Besprechung, als ein Redner dann auf den gröbsten Unsinn und Entstellungen, welche in den Artikeln enthalten waren, aufmerksam gemacht hatte, wurde ein Antrag gestellt, eine Tellersammlung zur Deckung der Kosten stattfinden zu lassen, welcher auch einstimmig angenommen wurde. Aber ehe der nächste Redner das Wort erhielt, wurde die Versammlung wieder aufgelöst."[116]

[115] Laufenberg, S. 546.
[116] NSD Nr. 119 vom 14. 10. 1874.

Diese Repression zwang schließlich die zwei konkurrierenden Arbeiterparteien – Lassalleaner und Eisenacher – dazu, sich zu vereinigen.

Die wenigen Versammlungen, die die Eisenacher in Altona abgehalten hatten, wurden zwar meist von ADAV-Mitgliedern gestört, aber in Altona/Ottensen waren die meisten Lassalleaner doch der Ansicht, daß es sich bei den Führern der SDAP in diesem Gebiet – Geib, York und Praast – um gute Sozialdemokraten handele. Alle drei gehörten vor 1869 zum ADAV und waren dessen bekannteste Redner in Hamburg und Altona gewesen.

Auf der Generalversammlung 1874 wurde von Altonaer Mitgliedern ein Antrag eingebracht, in dem sie sich für ein friedliches Nebeneinander beider Richtungen der Arbeiterbewegung aussprachen. Dieser Versuch eines Ausgleichs blieb aber auf der Generalversammlung ohne Resonanz. Die Mehrheit, u. a. Winter, wollte an der zentralistischen Organisationsform des ADAV festhalten und die Eisenacher dazu veranlassen, in ihre Partei einzutreten.

Um die Stimmung der Mitglieder zur Vereinigungsfrage zu erkunden, wandte H. Molkenbuhr eine gängige Methode an, wenn im Verein problematische Positionen besprochen werden sollten. Auf einer Volksversammlung beantwortete er die Frage, die er mittels des Fragekastens selbst gestellt hatte, ob eine Vereinigung mit den Eisenachern wünschenswert sei, bejahend. Auf einer sich daran anschließenden Debatte, die über mehrere Versammlungen lang geführt wurde, scheint in Altona niemand grundsätzlich gegen ein Zusammengehen gesprochen zu haben. Wichtigster Punkt der Auseinandersetzung war, inwieweit die Lassalleschen Grundsätze gewahrt bleiben würden.

Die weiteren Verhandlungen zur Vereinigung wurden von einer Kommission in Berlin geführt, der auch Reimer in seiner Eigenschaft als Abgeordneter angehörte.

Im Dezemer 1874 wurden in Altona und Berlin Volksversammlungen abgehalten, auf denen die Kommissionsmitglieder sprachen. In Altona sprachen am 12. des Monats Liebknecht und Reimer zur geplanten Vereinigung. Die im „Englischen Garten" anwesenden 6000 Personen begrüßten den Vorschlag. Der „Volksstaat" schrieb über die Versammlung:
„Sonnabend, der 12. Dezember, war gewissermaßen der Tag, an dem den Arbeitern beider Fraktionen die Schuppen von den Augen fielen, an dem sie einsahen, daß Einigkeit stark mache . . ."[117]

Im „Neuen Social-Demokraten" wurde nur die verständliche Weise und sachliche Art der Liebknechtschen Rede und der Applaus hervorgehoben.

Nach beiderseitigen parteiinternen Diskussionen um das Programm wurde der Einigungskongreß für den 22. bis 27. Mai 1875 nach Gotha einberufen. Auf diesem Gründungskongreß der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" wurden die Altona/Ottenser Lassalleaner von den Zigarrenarbeitern Brückmann, Hörig, Köhnke und Molkenbuhr vertreten.

[117] Volksstaat Nr. 148 vom 20. 12. 1874.

A. Geib war als Delegierter für die Eisenacher anwesend.

Nach der Vereinigung von ADAV und SDAP bildete sich in Hamburg und Altona um den Wandsbeker E. B. Richter eine kleine oppositionelle Strömung, die den Zusammenschluß bekämpfte. Da sie auch nicht vor Denunziationen zurückschreckte, wurden ihre Anhänger aus der Partei ausgeschlossen. Um Bräuer bildete sich daraufhin der streng lassalleanisch ausgerichtete ADAV (Sitz Hamburg).

Mit den Erfolgen des ADAV wurde in Altona und Ottensen die Basis gelegt für eine weitere Tätigkeit der SDAP in diesem Gebiet. Auch 1877 konnte Hasenclever die Reichstagswahl im 8. Wahlkreis für sich entscheiden. Da er aber ein in Berlin errungenes Mandat annahm, wurde eine Nachwahl notwendig. Obwohl der neue Kandidat Hartmann sogar noch Stimmengewinne erzielte, wurde der Kreis an den deutsch-freisinnigen Professor Gustav Karsten verloren. Ihm kam die höhere Wahlbeteiligung zugute.

Die lassalleanische Theorie blieb in der Altonaer Arbeiterbewegung auch während des Sozialistengesetzes (1878–1890)

verankert. Trotz Verfolgung und Behinderungen der Agitation gelang es 1884 der Sozialdemokratie, Karl Frohme in Altona als Reichstagsabgeordneten bei der Wahl durchzubringen. Frohme war ein bekannter ADAV'ler in Hannover und Frankfurt gewesen. Seine Wahlaussage *„läßt den Lassalleaner deutlich erkennen"*.[118] Frohme behielt das Mandat für den 8. Wahlkreis bis ins Jahr 1918. Gerade während der Zeit des Sozialistengesetzes, mit dem alle Zusammenschlüsse sozialdemokratischer Prägung aufgelöst wurden, zeigte die Altona-Ottenser Arbeiterbewegung ihre Stärke. Es entwickelte sich eine illegale Organisation, die in Schleswig-Holstein führend wurde.[119] Hier war die Vertriebszentrale für die Parteizeitung des „Sozialdemokrat", dessen Schmuggel hauptsächlich von Zigarrenarbeitern organisiert wurde. Die Zerschlagung dieses „roten Feldpostnetzes" konnte den Widerstand der Arbeiter nicht brechen. Auch die nach Verhängung des kleinen Belagerungszustandes verfügten Ausweisungen von bekannten Sozialdemokraten, zu ihnen gehörte H. Molkenbuhr, erreichten keine Schwächung der Arbeiterbewegung. Der so provozierte verstärkte Widerstand förderte die illegale Arbeit der SDAP. Auch im 6. Wahlkreis gelang der Sozialdemokratie noch unter dem Sozialistengesetz der Durchbruch. 1890 wurde hier Hermann Molkenbuhr in den Reichstag gewählt.

Daß die Altona-Ottenser Sozialdemokratie eher pragmatisch auf Reformen fixiert war, was in der lassalleanischen Tradition begründet lag, erkannte schon 1890 der konservative Oberbürgermeister der Stadt Franz Adickes, indem er betonte, *„die Sozialdemokraten könnten sich nicht mehr der positiven Arbeit entziehen."*[120]

[118] K. Klinger, Karl Frohme, Ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter aus Schleswig-Holstein; in: DG I, S. 42.

[119] H. Rüdel, Die Bedeutung der Sozialdemokratie im Hamburger Raum für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz. Das Beispiel Schleswig-Holstein. In: Herzi, Langewiesche, Sywottek (Hrsg.), Arbeiter, S. 193ff.

[120] Zit. nach: A. McElligott, Altona vor dem Ersten Weltkrieg, in: A. Sywottek (Hrsg.), Das andere Altona, Hamburg 1985, S. 33.

Tabelle 1: Stimmen für den ADAV und die SDAP bei den Wahlen 1867 bis 1878

	8. Wahlkreis[1] (Altona/Stormarn)	6. Wahlkreis[1] (Ottensen/Pinneberg)	Schleswig-Holst.[3]	Reich
1867[2]	218	–	1560	
1871	6 062	1815	11 182	124 655
1874	11 782	6769	44 953	351 952
1877	12 814	8354	43 720	493 288
1878	13 224	6753	29 306	437 158

1. Ergebnisse der Stichwahlen, sofern notwendig
2. Wahl zum 1. Reichstag des Norddeutschen Bundes (31. 8. 1867)
3. Rüdel, Landarbeiter, S. 127

Tabelle 2: Mitgliederzahlen der ADAV-Gemeinden Altona und Ottensen

Altona	Ottensen	
1864	7	
1866	148	
1867	52	
1869	78/89/134	40
1870	93/266	24
1872	350	83
1874[1]	847	996
1875[2]	400	194

1 gesamter Wahlkreis
2 auf dem Vereinigungskongress vertretende Mitglieder